



tierrechte

Europa: Die Tiere haben keine Wahl – aber wir!

Lobbyismus: Die Agrarindustrie schlägt mit aller Macht zurück

Tierschutzgesetz: Verwässerte Reform

Versuchstier des Jahres ist das Schwein

Europa: Die Tiere haben keine Wahl – aber wir!	4
<p>Am 9. Juni 2024 können die EU-Bürger:innen das EU-Parlament für die nächsten fünf Jahre wählen. Diese Wahl ist richtungsweisend. Nicht nur in Bezug auf den Tierschutz. Umso wichtiger, dass wir alle unsere Stimme nutzen.</p>	
Lobbyismus: Die Agrarindustrie schlägt mit aller Macht zurück	10
<p>Die Wissenschaftlerin Nina Holland forscht schwerpunktmäßig zur Lobbyarbeit der Agrar- und Lebensmittelindustrie. Im Interview erklärt sie, mit welchen Strategien die Agrarlobby die "Farm-to-Fork"-Strategie des Green Deals zum Scheitern bringen will, wie rechtsextreme Gruppen die Wut der Bauern instrumentalisieren und was passieren muss, um die notwendige sozial-ökologische Transformation zu retten.</p>	
Tierschutzgesetz: Verwässerte Reform	12
<p>Seit Bekanntwerden des ersten Reformentwurfs wurden die geplanten Tierschutzverbesserungen systematisch entschärft und verwässert. Nicht nur die anderen Ministerien, auch die Agrarlobby, Hundezüchter und Wissenschaftsverbände starteten ein mediales Dauerfeuer. Was bleibt von der Reform?</p>	
Versuchstier des Jahres ist das Schwein	16
<p>Das hochintelligente Säugetier wird vor allem in der Erforschung von menschlichen Zivilisationskrankheiten eingesetzt. Dabei erreichen nur etwa ein Viertel der entsprechenden Arzneimittel nach Tierversuchen die Marktzulassung. Gleichzeitig ermöglichen tierfreie und humanbasierte Verfahren ganz neue Forschungsansätze.</p>	
Tierschutz bei der EU-Wahl: Das planen die Parteien	6
Interview: Doku enthüllt Machenschaften der Fleischlobby:	9
Droht Tierschutz-Kahlschlag in der Landeshauptstadt?	13
Tierversuche: Reduktionsstrategie muss kommen!	14
Tauben: Tierschutzwidrige Maßnahmen im Aufwind	18
Hirnforschung an Affen geht weiter	20
Pflanzliche Ernährung: Studien fordern Umstellung	20
Wale zu juristischen Personen erklärt	20
Urteil: Putenhaltung tierschutzwidrig	20
Historisches Urteil zum Klimaschutz	21
Tiermedizin: Neue Doku-Reihe über Alternativen	21

Rubriken

Impressum	2
Editorial	3
Shop	22
Helfen	23
Kontakt	24



Fotos Titelcomposing:
 Pixabay – Pexels (Elefant), Alexa (Makake), Ric Sti (Schwein), 3D Animation Production Company (EU-Fahne)
 AdobeStock – BVpix (Auge), Eric Isselée (Kuh), erllre (Chamäleon), New Africa (Katze), dennisvdwater (Tiger), yaroslav1986 (Hund), lenaivanova2311 (Maus)

Impressum

ISSN 1434-220
 tierrechte wird herausgegeben von *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.* und erscheint drei- bis viermal jährlich. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Verlag
Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.
 Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich
 Tel. 02252 - 830 12 10 | Fax 02252 - 830 12 11
 info@tierrechte.de | www.tierrechte.de

Redaktion
 Christina Ledermann, V.i.S.d.P.
 Aslihan Cetin
 Christiane Hohensee
 Steffanie Richter

Gestaltung
 Das Atelier | Alexa Binnewies
 www.dasatelier.de

Druck
 Bartels Druck GmbH, 21337 Lüneburg
 www.bartelsdruckt.de

Papier
 tierrechte wird auf 100% Recyclingpapier – ausgezeichnet mit dem Umweltengel – gedruckt

Vorstand

- Christina Ledermann, M.A.
Vorsitzende und Pressereferentin
 Tel. 05840 – 29 00 025
 ledermann@tierrechte.de
- RA Judith Reinartz
Stellvertretende Vorsitzende
 Tel. 02252 – 83 01 210
 reinartz@tierrechte.de
- Susanne Pfeuffer
Stellvertretende Vorsitzende
 Tel. 0171 – 88 80 597
 pfeuffer@tierrechte.de
- Dr. Ute Teichgräber
 teichgraeber@tierrechte.de

Ehrenmitglied:
 ▪ Dr. jur. Eisenhart von Loeper

Christina Ledermann
Foto: privat



Mitglied bei

- ▶ Deutscher Naturschutzring
- ▶ Eurogroup for Animals
- ▶ Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)
- ▶ InterNICHE
- ▶ Bündnis für Tierschutzpolitik
- ▶ Klima Allianz
- ▶ Förderkreis Biozyklisch-Veganer Anbau e. V.
- ▶ Aktionsbündnis Fuchs
- ▶ Plant Europe
- ▶ Plant Based Treaty

Liebe Leserinnen und Leser,

der neue Bericht des EU-Klimawandeldienstes Copernicus und der Weltwetterorganisation (WMO) bestätigt, wovor Klimaforscher:innen uns seit Langem warnen: Das Jahr 2023 war das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Mit im Gefolge waren der größte jemals registrierte Waldbrand, schwere Hitzewellen und verheerende Überschwemmungen. UN-Generalsekretär António Guterres spricht von einem „Planet am Rande des Abgrunds“.

Vor diesem Hintergrund würde man erwarten, dass bei der EU-Wahl am 9. Juni der europäische Green Deal, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll, im Zentrum der Wahl steht. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die politische Agenda hat sich weg von Klima- und Umweltthemen, hin zu Sicherheits-, Migrations- und Wirtschaftsfragen verlagert. Dabei ist der Klimawandel die größte Sicherheitsbedrohung unserer Zeit.

Dennoch könnte die AfD bei der EU-Wahl nach der CDU die meisten deutschen Stimmen erhalten. Eine Partei, die den Green Deal ablehnt und stattdessen in ihrem Wahlprogramm von „Klimawahn“, „Klima-Hysterie“ und „Klimalobbyisten“ spricht.

Was das mit Tierschutz zu tun hat? Leider sehr viel, denn der Green Deal ist verknüpft mit der Reform der EU-Tierschutzgesetzgebung, einem verbindlichen Klimaziel für den Landwirtschaftssektor und der Schaffung eines Rechtsrahmens für nachhaltige Ernährungssysteme.

Welche Lobbyisten tatsächlich gefährlich sind, erklärt die Umweltwissenschaftlerin Nina Holland in unserem Interview. Sie erforscht die Strategien, mit der die Agrarlobby den Green Deals zum Scheitern bringen will. Die italienische Journalistin und Filmemacherin Giulia Innocenzi, die mit ihrer Doku „Food for Profit“ die Machenschaften der Fleischlobby entlarvt, warnt sogar davor, dass die heimlichen Lobby-Deals nicht nur die Tiere, sondern auch unsere Demokratie gefährden.

Liebe Leser:innen, Sie sehen, bei dieser EU-Wahl geht es ums Ganze. Bitte nutzen Sie Ihre Stimme. Für die Tiere, das Klima und letztlich für unsere Zukunft auf diesem Planeten. Vielen Dank!

Christina Ledermann

PS. Noch eine Bitte:

Wir haben dieser Ausgabe eine Postkarte unseres Partnervereins gegen Tiertransporte beigelegt. Bitte schicken Sie sie an in ihrem Namen an unseren Landwirtschaftsminister. Denn trotz aktueller Tierschutz-Skandale planen weder die EU noch die Bundesregierung ein Ende der Qualtransporte. Vielen Dank!



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Menschen für Tierrechte beteiligen sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Spenden-/Beitragskonto

Bundesverband der
Tierversuchgegner e. V.
Sparkasse Aachen
IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973
BIC: AACSD33

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V. ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftsteuer befreit.



Die Tiere haben keine Wahl

- aber wir!

Am 9. Juni 2024 können die EU-Bürger:innen ihre Vertreter:innen für das EU-Parlament für die nächsten fünf Jahre wählen. Diese Wahl ist richtungsweisend. Nicht nur in Bezug auf den Tierschutz. Die Zusammensetzung von EU-Kommission und Parlament wird darüber entscheiden, ob die EU am Green Deal festhält und ihre ambitionierten Pläne für mehr Klima-, Umwelt- und Artenschutz umsetzt. Es geht ums Ganze. Umso wichtiger, dass wir alle unsere Stimme nutzen.

Die noch amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) sprach im Dezember 2019 von einem „Mann-auf-dem-Mond-Moment“, als sie den Green Deal vorstellte. Mit einer Fülle von Maßnahmen in allen Politikfeldern sollte es gelingen, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Der Green Deal sollte die Mammutaufgabe lösen, die Art, wie wir produzieren und konsumieren, mit unserem Planeten vereinbar machen.

Rolle rückwärts

Doch 2024 ist dieser revolutionäre Geist verschwunden. Die Pandemie, die Kriege und multiplen Krisen haben die Welt verändert. Und die Politik reagiert. Wie, wird besonders deutlich an der Reaktion der EU-Kommission auf die Bauernproteste: Im Eilverfahren werden selbst gesetzte ökologische Standards, wie Brachen, Fruchtfolgen und Bodenbedeckung, aufgeweicht. Das geplante EU-Renaturierungsgesetz, eine wesentliche Voraussetzung für die



Erfüllung internationaler Klima- und Biodiversitätsvereinbarungen, wird vertagt. Entgegen den Appellen der Wissenschaft.

EU-Tierschutzgesetze sollten reformiert werden

Ein anderes Beispiel ist der Rückzieher der EU-Kommission bei der Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung. Im Rahmen der im Green Deal enthaltenen „Farm-to-Fork“-Strategie, sollten neben Maßnahmen für Klimaschutz und Artenvielfalt auch das Ernährungssystem und die Landwirtschaft nachhaltiger und ökologischer werden. Teil davon war die Überarbeitung der veralteten Tierschutznormen. Die Kommission versprach, bis Ende 2023 Novellierungsvorschläge für Tierhaltung, Tiertransporte sowie für Schlachtung und die Kennzeichnung von Lebensmitteln vorzulegen. Rückenwind kam von über 1,4 Millionen EU-Bürger:innen, die mit der Europäischen Bürgerinitiative „End The Cage

Age“ ein Ende der tierquälerischen Käfighaltung in Europa forderten.

Erwartungen bitter enttäuscht

Im Sommer 2021 stimmte das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit für ein Verbot der Käfighaltung bis 2027 für Sauen, Kälber, Kaninchen und Geflügel. Angekündigt wurde auch der Ausstieg aus der tierquälerischen Pelzproduktion. Tierschutzorganisationen aus ganz Europa feierten das Versprechen der EU-Kommission als historischen Erfolg für die Tiere. Denn „End the Cage Age“ war die erste europäische Bürgerinitiative (ECI), der es gelang, eine Verpflichtung zu erwirken. Doch die Erwartungen wurden enttäuscht. In ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union erwähnte von der Leyen den Tierschutz mit keinem Wort. Anfang Oktober 2023 bestätigte Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission, die düsteren Vorahnungen: Die EU-Kommission hatte alle Gesetzesreformen zum Tierschutz bis

auf eine Ausnahme aus dem Arbeitsprogramm für 2024 gestrichen.

Tierindustrie blockiert Verbesserungen

Was war geschehen? Nach einer Untersuchung der britischen Tageszeitung „The Guardian“ und eines Medienkonsortiums unter der Leitung von Lighthouse Reports, war der Widerstand der mächtigen Agrarlobby dafür verantwortlich. Anja Hazekamp, die stellvertretende Vorsitzende des EU-Umweltausschusses, sagte dem Guardian, dass die Industrie hart und schmutzig gekämpft habe. Obwohl sie wüsste, dass wir dringend bessere Tierschutzstandards bräuchten, habe sie alles getan, um sie zu verhindern.

Klage gegen EU-Kommission

Die Tierschutzbewegung reagierte: Ende November reichten über 30 Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen offiziell Beschwerde bei der EU-Bürgerbeauftragten ein. Menschen für Tierrechte warf der EU-Kommission in seinem Beschwerdeschreiben vor, ihre Verpflichtungen im Rahmen der EU-Bürgerinitiative „End The Cage Age“ nicht eingehalten zu haben. Am 18. März 2024 reichte das Bürgerkomitee von „End the Cage Age“ zusätzlich Klage gegen die Kommission beim Europäischen Gerichtshof ein. Die Nichteinhaltung des Versprechens, das Ende der tierquälerischen Käfighaltung einzuleiten, mache den eigentlichen Zweck des „demokratischen“ Instruments der ECI zunichte. Diese Klage ist die erste, mit der die Kommission für ihr Versäumnis, auf eine Europäische Bürgerinitiative zu reagieren, zur Rechenschaft gezogen wird. Im Erfolgsfall wäre sie gezwungen, ihre Vorschläge für die Gesetzesänderungen vorlegen zu müssen.

EU-Bürger:innen wollen mehr Tierschutz

Wie groß die Ignoranz der EU-Kommission gegenüber dem Willen der EU-Bürger:innen ist, zeigte die im Oktober veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage: Darin sprach sich eine überwältigende Mehrheit von 84 Prozent dafür aus, sogenannte Nutztiere besser zu schützen. Neun von zehn EU-Bürgern



Foto: soylent-network

(89 Prozent) waren der Meinung, dass Tiere nicht in Käfigen gehalten werden sollten.

Ein Weiter-so wäre fatal

Dabei wissen alle Entscheidungsträger, was eigentlich zu tun wäre: die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems. Doch sobald die Traktoren rollen, verlässt die Politik der Mut. Denn die Maßnahmen sind unpopulär. Doch wir haben keine Wahl. Ein „Weiter-so“ wäre fatal. Der Agrarökonom Hermann Lotze-Campen warnte im April auf einer Konferenz zu Klima und Landwirtschaft in Potsdam vor den immensen gesellschaftlichen Kosten der Untätigkeit: Er schätzte die versteckten Kosten des globalen Agrar- und Ernährungssystems, konservativ gerechnet, auf mehr als 10.000 Milliarden Dollar jährlich.

Nötig: politische Leitplanken

Die wichtigsten Stellschrauben sind nach Auskunft der Wissenschaft ein Rückgang der Tierbestände, eine stärker pflanzenbasierte Ernährung und die Wiedervernässung der Moore. Um diese Transformation umzusetzen, brauchen wir klare politische Leitplanken hin zu einem tier-, klima- und naturver-



Foto EU-Kommission: Pixabay/Dimitris Vetsikas

träglichen Landwirtschafts- und Ernährungssystem. Nötig sind zudem Anreize, die nachhaltige Strukturen fördern und schädlichen Konsum besteuern. Daran muss sich zukünftig auch die Vergabe der fast 400 Milliarden schweren EU-Agrarsubventionen ausrichten.

Ökosystemleistungen honorieren

Diese müssen den biologischen Anbau von pflanzlichen Eiweißträgern für die menschliche Ernährung fördern und die Landwirt:innen für die Erbringung von Ökosystemleistungen, wie dem Anlegen von Biodiversitätsflächen und dem Pflegen von Biotopen, entlohnen. Zusätzlich müssen Lenkungsinstrumente wie Abgaben für schädliche Produkte wie Fleisch, Milch und Co. genutzt werden. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung empfiehlt beispielsweise ein Biodiversitätsgeld. Dieses besteuert Produktionsmethoden, die der Biodiversität schaden und subventioniert Methoden, die die Artenvielfalt fördern.

Nutzen Sie Ihre Stimme

Welche Parteien sich dieser notwendigen Aufgabe stellen, zeigt sich vor allem daran, wie diese zum Green Deal stehen. Denn dieser ist verknüpft mit den nötigen Einzelmaßnahmen, wie der Reform der EU-Tierschutzgesetzgebung, einem verbindlichen Klimaziel für den Landwirtschaftssektor und der Schaffung eines Rechtsrahmens für nachhaltige Ernährungssysteme. Doch der Blick auf die Wahlprognosen zeigt, dass die rechtsextreme Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) die drittstärkste Kraft im Europaparlament werden könnte. Der ID gehören unter anderen die AfD, die französische Le Pen-Partei und die österreichische FPÖ an. Eine Auswertung der fünf größten Brüsseler Umwelt-NGOs ergab, dass die ID grüne Gesetze routinemäßig ablehnt. Bei dieser EU-Wahl steht viel auf dem Spiel. Deswegen nutzen Sie Ihre Stimme – für den Schutz von Tieren, Klima und Umwelt und für die Rettung der Demokratie.

*Christina Ledermann
Steffanie Richter*

Tierschutz bei der EU-Wahl

Das planen die Parteien

Da mehr Tierschutz zu den Maßnahmen des Green Deals zählt, sollten Sie als Wähler:in darauf achten, welche der Parteien sich zu diesem bekennen. Um Ihnen einen Überblick über die Tierschutz-Pläne der Parteien zu geben, haben wir die Wahlprogramme der großen demokratischen Parteien für Sie zusammengefasst. Eine schnelle Übersicht liefert die farblich markierte Tabelle.

Die gesellschaftliche Stimmung bei der diesjährigen EU-Wahl ist komplett anders als bei der letzten Wahl im Jahr 2019. Die politische Agenda hat sich weg von Klima- und Umweltthemen, hin zu Sicherheits-, Migrations- und Wirtschaftsfragen verlagert. Umfragen deuten auf einen deutlichen Rechtsruck hin. Dies zeigt sich auch in den Wahlprognosen (Stand 24.04.24): Es wird erwartet, dass die Mehrheit der Deutschen am 9. Juni die CDU/CSU wählt (29,4 Prozent). Ihr folgt die AfD mit 16,9 Prozent, und erst an dritter Stelle die SPD mit 16 Prozent. Die Grünen erreichen mit 13,4 Prozent den vierten Platz, gefolgt vom Bündnis Sahra Wagenknecht (6,1 Prozent) und der FDP (4,1 Prozent). Die Linke kommt auf 3,2 Prozent, ebenso wie die Freien Wähler. Die Tierschutzpartei könnte 2,3 Prozent der Stimmen erreichen.



Die Muttersau im Kastenstand kann sich noch nicht einmal umdrehen.
Foto: soylent-network

Mehrheit nur durch große Koalition

Es wird zwar nicht erwartet, dass der Vormarsch nationalistischer Parteien das Gleichgewicht im Europäischen Parlament (EP) grundsätzlich verändert, die Gewinne von AfD und Co. werden jedoch das Zentrum des nächsten EPs spürbar nach rechts verschieben. Von der Leyen schließt für die konservative EVP-Fraktion zwar eine Kooperation mit der ultrarechten Identität und Demokratie (ID) – zu der auch die AfD gehört – aus. Sie zeigt sich jedoch offen für eine Zusammenarbeit mit der rechtskonservativen Fraktion (EKR). Dies könnte jedoch bedeuten, dass die bisherige große Koalition aus EVP, Sozialdemokraten (S&D) und den Liberalen von „Renew Europe“ gefährdet ist. Sicher ist: Der erwartete

Rechtsruck verheißt nichts Gutes für den existentiell wichtigen Schutz von Klima-, Umwelt und Tieren.

CDU: Kein Tierschutz im Programm

Die Bedeutung, die der Tierschutz für die Parteien hat, zeigt sich schon daran, wie viel Platz sie dem Thema in ihren Programmen einräumen. Im Wahlprogramm der CDU/CSU kommt der Tierschutz schlicht nicht vor. Konkrete Absichten zum Umwelt-, Klima-, Arten- und Ressourcenschutz fehlen gleichermaßen. Stattdessen geben die Konservativen ökonomischen Plänen den Vorrang. Der Green Deal soll auf Wettbewerb getrimmt werden. Dies gilt auch für die Landwirtschaft. Hier setzen CDU/CSU mit neuen Züchtungstechnologien, Präzisionslandwirtschaft und dem Einsatz von Robotik auf mehr Effizienz. Ökoregeln für den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Brachflächen für den Artenschutz wollen die Konservativen abschaffen. Mit dem Argument der Sicherung der Weidetierhaltung soll es dem Wolf an den Pelz gehen. Um das Planungsrecht zu vereinfachen, soll auch das Verbandsklagerecht für Umweltschutzverbände fallen.

SPD steht hinter Green Deal

Die SPD widmet dem Tierschutz im Wahlprogramm immerhin ein eigenes Kapitel. Danach will sie sich für eine Kennzeichnungspflicht für Haltungformen und für ein „Tierwohllabel“ einsetzen. Tiertransporte innerhalb der EU sollen maximal acht Stunden dauern. Lebendtiertransporte in Drittstaaten sollen je nach Tierschutzstandard verboten werden. Die Sozialdemokraten erwähnen zwar mehr Tierschutz für Wild- und Haustiere, legen jedoch keine konkreten Pläne vor. In Punkto Meeresschutz setzen sie sich für wissenschaftsbasierte Fangquoten ein. Durch den Schutz von 30 Prozent der Meeresflächen sollen sich die maritimen Ökosysteme erholen können. Die SPD stellt sich grundsätzlich hinter die Ziele des Green Deals. Sie will die Agrarpolitik reformieren. Ziele sind unter anderem mehr Ökolandbau und weniger Pflanzenschutzmittel.

FDP für Markt und Eigenverantwortung

Im Programm der FDP soll ein europaweites Tierwohllabel mehr Tierschutz bringen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen die Liberalen schrittweise abschaffen, Tierschutzkontrollen sollen jedoch nur alle fünf Jahre stattfinden. Land- und Forstwirtschaft sollen sich mehr am Markt orientieren. Die EU-Subventionen für die Landwirtschaft sollen sukzessive abgebaut werden. Die FDP spricht sich für Artenschutz aus, will jedoch den Schutzstatus geschützter Tierarten, wie dem Wolf, reduzieren. Angeln und Jagen gehören nach Ansicht der Liberalen zum Naturschutz und es soll mehr gegen invasive Arten getan werden. In Punkto Meeresschutz wollen die Liberalen die Verschmutzung angehen und die Grundschepp-

	CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP	Tierschutzpartei
Einrichtung von Schutzgebieten, Nullnutzungszonen, Brachflächen (GAP)	nein	k.A.	ja	k.A.	nein ¹	ja
Abbau umweltschädlicher Subventionen	k.A.	k.A.	ja	ja	k.A.	ja
Förderung ökologischer Landwirtschaft und naturnaher Waldbewirtschaftung	k.A.	ja	ja	ja	ja	ja ⁵
Umsetzung Montrealer Weltnaturabkommen – Schutzgebiete, Renaturierung	k.A.	ja	ja	ja	ja ²	ja
Wasserversorgung als Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand	ja	ja	ja	ja	ja	ja ⁶
Forderung nach Tierschutzgesetzen auf EU-Ebene	k.A.	k.A.	ja	ja	k.A.	ja
Illegalen Artenhandel eindämmen	k.A.	k.A.	ja	ja	k.A.	ja
Pelztierzucht und Zuchtpelzhandel verbieten	k.A.	k.A.	ja	ja	k.A.	ja
Tierschutzstandards bei Im- und Exporten verbessern	k.A.	ja	ja	ja	k.A.	ja
Ausstieg aus Tierversuchen, tierversuchsfreie Bildung und Forschung	k.A.	k.A.	ja	ja	ja	ja
Reform der Agrarförderung – von der Fläche zu ökologischen und sozialen Leistungen	nein	ja	ja	ja	ja ³	ja
Verbindliche Labels für Tierhaltung und Regionalität bei Lebensmitteln	k.A.	ja	ja	ja	ja	ja
Förderung pflanzlicher Ernährung	k.A.	k.A.	ja	ja	k.A.	ja
Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung	k.A.	k.A.	ja	ja	ja	ja
Wiedervernässung von Mooren, Bodenschutz und -verbesserung	ja	ja	ja	ja	ja ⁴	ja
Ende der Käfig-, Kasten- oder Anbindehaltung	k.A.	k.A.	ja	ja	ja	ja
Reduzierung der Tiertransporte mit strengeren Regeln	k.A.	ja	ja	ja	k.A.	ja
Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes	k.A.	k.A.	ja	k.A.	k.A.	k.A.
Verbot künstliche Stimulierung mit Hormonen aus Pferdeblut	k.A.	k.A.	ja	k.A.	k.A.	ja ⁷
Verbot der Tötung von Küken	k.A.	k.A.	ja	k.A.	k.A.	ja
Umweltschädliche Fischfangmethoden einschränken	k.A.	ja	ja	ja	ja	ja

Zu diesen Themen haben wir die Parteien befragt

1. Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung
2. EU-Kommissar:in für Tierschutz
3. Tierschutz-Verbandsklage auf EU-Ebene
4. Verbot der Käfighaltung
5. Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten, strengere Regeln für Schiffstransporte, Verkürzung der Transportzeiten
6. Leidreduzierte Schlachtmethoden
7. Schutzvorschriften für Wassertiere
8. Einführung einer Positivliste für Heimtiere
9. Verpflichtung zur Kennzeichnung und Registrierung von Katzen und Hunden
10. Umschichtung der EU-Agrarsubventionen (Förderung von Gemeinwohl-Leistungen im Sinne von Tier-, Klima-, Umwelt- und Naturschutz)
11. Gesetz für nachhaltige Ernährungssysteme
12. Förderprogramme zum Abbau von Tierbeständen sowie den Umstieg auf den Anbau von Proteinpflanzen
13. Aktionsplan für mehr pflanzliche Eiweiße für den menschlichen Verzehr
14. Tierversuchsfreie Methoden beschleunigen und fehlende Verfahren entwickeln
15. Roadmap für den Übergang zu einer tierversuchsfreien Wissenschaft
16. Verbot schwerbelastender Tierversuche

Diesen umfangreichen Fragenkatalog haben wir den Parteien geschickt. Da bis zur Drucklegung dieser Ausgabe noch nicht alle Parteien geantwortet haben, finden Sie die ausführlichen Antworten der Parteien unter www.tierrechte.de

netz-Fischerei beschränken. Außerdem unterstützt die FDP die Zulassung von In-vitro-Fleisch (und Insektenproteinen).

Grüne: Große Pläne für Tier- und Umweltschutz

Deutlich konkreter und umfangreicher sind die Pläne von Bündnis 90/Die Grünen: Sie unterstützen den EU-Green-Deal und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Neben umfangreichen Maßnahmen für Natur-, Umwelt-, Arten- und Klimaschutz, setzen sich die Grünen für konsequente Tierschutzgesetze auf EU-Ebene sowie für eine verbindliche Haltungskennzeichnung und höhere Tierschutzstandards bei Handelsabkommen ein. Außerdem sprechen sie sich für das Ende der Käfig- und der Kastenstandhaltung aus, unterstützen die Initiative „Fur Free Europe“ sowie den EU-Aktionsplan gegen illegalen Tierhandel. In der Landwirtschaft verfolgen die Grünen eine flächengebundene ökologische Tierhaltung, den Abbau der Tierbestände und eine Begrenzung von Tiertransporten auf acht Stunden. Außerdem planen sie bessere Kontrollen und humanere Betäubungsmethoden bei der Schlachtung. In der Agrarpolitik verfolgen sie eine grundlegende Reform, die ökologische und soziale Leistungen, wie



1: Stilllegungen nur noch auf unwirtschaftlichen Flächen
3: Agrarförderung soll ganz abgeschafft werden
5: Einleitung „echter“ Agrarwende
7: Ausstieg aus der mit Steuergeldern finanzierten Tierindustrie

2: als Vertragsnaturschutz abweichend vom GAP
4: Aktivierung von Mooren durch Anreiz Emissionshandel
6: nachhaltiges, gerechtes Wirtschaftssystem

Mitmachaktion zur EU-Wahl: Gewinnen Sie die Abgeordneten für den Tierschutz

Der Bundesverband unterstützt die Kampagne "Vote for Animals" ("Stimmen Sie für die Tiere") der Eurogroup for Animals. Sie vertritt die EU-Tierschutzorganisationen als Dachorganisation in Brüssel. Bei der Aktion geht es darum, die Bewerber:innen für einen Sitz im EU-Parlament zu motivieren, konkrete Wahlversprechen für den Tierschutz zu unterzeichnen. Damit verpflichten sich diese, sich in der nächsten Legislaturperiode für mehr Tierschutz einzusetzen. Die Wahlversprechen umfassen zehn Kernforderungen, bei denen es unter anderem um ein Verbot der Käfighaltung, bessere Haltungsbedingungen, ein Ende von Tiertransporten, den Übergang zu einer tierversuchsfreien Wissenschaft, die Einführung einer EU-Kommissarin für Tierschutz sowie um den Schutz von Wild- und Wassertieren geht.

Kontaktieren Sie die potenziellen Abgeordneten

Mit einem Klick, können Sie alle Bewerber:innen über die Kampagnenseite gleichzeitig anschreiben und sie bitten, die Wahlversprechen für mehr Tierschutz zu unterzeichnen. Bitte helfen Sie mit und teilen Sie die Aktion mit Ihren Freunden und Bekannten. Wir brauchen dringend mehr Abgeordnete im EU-Parlament, die sich für mehr Tierschutz engagieren.

Hier geht's zur Kampagnen-Seite:
www.eurogroupforanimals.org/buerger

»»»

die Wiedervernässung von Moorböden, honoriert. Außerdem wollen die Grünen die pflanzenbasierte Ernährung stärker fördern. In ihrem Wahlprogramm setzt sich die Partei für einen Ausstieg aus Tierversuchen und für die Förderung tierversuchsfreier Methoden ein.

Tierhaltung: Linke will Ausstieg fördern

Auch die Linke gibt dem Tier-, Arten- und Klimaschutz viel Raum in ihrem Wahlprogramm. Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Industrie bezeichnet sie als Kern ihrer Politik. Dabei setzt sie jedoch nicht auf den Green Deal, den sie als „grünen Kapitalismus“ bezeichnet, sondern auf eine Industriepolitik, die klimafreundliche Technologien fördert. Die Linken wollen die EU-Agrarpolitik zu einer regionalen, nachhaltigen und sozial gerechten Landwirtschaft mit höheren Tierschutzstandards und mehr Transparenz umbauen. Als einzige der etablierten Parteien hat die Linke auch die Förderung von freiwilligen Ausstiegsprogrammen aus der Tierhaltung in ihrem Programm. Außerdem will die Partei ein Verbot von Tierversuchen, den Ausbau alternativer Forschungsmethoden sowie ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände einführen. Sie plant unabhängige Kontrollen und Videodokumentationen in Schlachthöfen sowie ein Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten. Außerdem spricht sich die Linke für ein Verbot der Freizeitjagd und der Jagd auf bestimmte



Wildtiere aus und will den illegalen Tierhandel bekämpfen. Delfinarien und Wildtiere in Zirkussen will sie verbieten und die Haltungsstandards in Zoos verbessern.

Tierschutzpartei für pflanzenbasierte Agrarwende

Um die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft zu reduzieren, strebt die Tierschutzpartei in ihrem zweiseitigen Wahlprogramm eine pflanzenbasierte Agrarwende ein. Sie will Flächen renaturieren und die EU-Biodiversitätsstrategie umsetzen. Außerdem verfolgt sie den Ausstieg aus der Massentierhaltung sowie die Schaffung eines EU-Kommissariats für Tierrechte. Tiertransporte, Tierversuche, Jagd und Pelzfarmen will die Kleinstpartei beenden.

Fazit: Tier- und Klimaschutz zurück auf die Agenda

Während CDU und FDP den Tierschutz der Wirtschaft unterordnen, rangiert die SPD in der Mitte. Dies zeigt auch der Blick auf unsere Tabelle, in der wir die Tierschutzpläne der Parteien farblich markiert haben. Die Wahlprognosen lassen sich nicht beschönigen: Die Parteien mit einem ausgesprochenen Tierschutzprofil liegen aktuell weit hinten. Die Fraktion der Grünen (EFA) liegt an vierter Stelle, die Linke an siebter. Da es für die Kleinstparteien, wie die Tierschutzpartei, die 2019 auf 1,4 Prozent kam, bei dieser Europawahl noch keine Sperrklausel geben soll, haben auch diese eine Chance auf einen Sitz im Europaparlament.

Bei allen Angaben handelt es nicht um eine Wahlempfehlung. Der Bundesverband Menschen für Tierrechte e.V. ist politisch neutral.

Aslihan Cetin, Christina Ledermann

Ausführlichere Infos zu den Tierschutzplänen der Parteien, finden Sie unter: www.tierrechte.de



Journalistin Giulia Innocenzi



Doku enthüllt Machenschaften der Fleischlobby

Die neue Doku „Food for Profit“ der italienischen Journalistin Giulia Innocenzi berichtet über die Folgen der industriellen Tierhaltung und zeigt, mit welchen Methoden die Fleischlobby Einfluss auf EU-Abgeordnete nimmt, um ihre zerstörerische Industrie auszubauen. Mit einem Heer an Lobbyisten gelingt es ihr, nicht nur den Großteil der horrenden EU-Agrarsubventionen abzuschöpfen, sie lässt sich auch die Entwicklung neuer Qualzuchten für eine noch effektivere Fleischproduktion fördern. Vor diesem Hintergrund stellt die Filmemacherin die Frage, ob wir nicht längst in einer Lobbykratie leben. Doch es gibt auch Hoffnung.

Wie erfolgreich die Agrarlobby in Brüssel ist, wird bei den Subventionen deutlich: Finanziert durch unsere Steuergelder, fließen in der laufenden Förderperiode EU-weit 397 Milliarden Euro in die Agrarindustrie, 82 Prozent davon in die Produktion tierischer Lebensmittel. Dabei belegen aktuelle Studien, dass wir das Gegenteil brauchen, um Klimakrise, Artensterben und Umweltzerstörung zu entschärfen.

Hauptstadt der Lobbyisten

Brüssel ist nach Washington die zweitwichtigste Lobby-Hauptstadt. Hier arbeiten 25.000 Lobbyisten, ein Großteil davon für die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Ihr Ziel ist es, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen sowie die Subventionen zu sichern und zu steigern. Dazu sprechen Lobbyisten mit Abgeordneten, führen Veranstaltungen durch und geben tendenziöse Studien in Auftrag. Um zu demonstrieren, was hinter verschlossenen Türen passiert, filmte das Innocenzi-Team heimlich Treffen mit

Europaabgeordneten. Die Frequenzen zeigen, wie die Agrarlobby sogenannte „Counter Narratives“ (Gegenerzählungen) verbreitet. Damit will sie die Politiker:innen unter anderem Glauben machen, dass der Fleischkonsum keinen Einfluss auf das Klima hat. Mit Erfolg. Nach Aussage Innocenzis leugnen einige EU-Abgeordnete sogar, dass es Massentierhaltung in Europa überhaupt gibt.

Forschungsgelder für Qualzuchten

Bei einer anderen gefilmten Veranstaltung ging es um die Vorteile genetisch veränderter Tiere für die Fleischindustrie. Die Lobbyorganisation Copa Cogeca übt derzeit Druck auf die Mitgliedstaaten aus, um die Zulassung gentechnisch optimierter Tiere zu erreichen. Wenn die Lobbyisten erfolgreich sind, könnte es bald erlaubt sein, blinde und federlose Hühner zu züchten, Schweine mit sechs Beinen oder Kühe ohne Hörner. Warum? Mit so optimierten Tieren hätten die Konzerne weniger Arbeit und könnten ihre Umsätze steigern. Für solche Qualzuchten könnte die Fleischindustrie sogar noch Forschungsgelder erhalten. Bis zu 10 Millionen Euro vergibt die EU für Pilotprojekte. Als Argument zum Erhalt der Fördergelder dient, dass man so mehr Nahrungsmittel für hungernde Menschen produzieren könne.

Möchten Sie den Film „Food for Profit“ in ihrem Kino, ihrem Gemeindehaus oder in ihrem Wohnzimmer zeigen?

Die Filmemacher rufen dazu auf. Alle Informationen finden Sie unter:

www.foodforprofit.com

Film sollte verhindert werden

Dass die Doku über diese Machenschaften berichtet, gefällt der Fleischindustrie nicht. Nachdem „Food for Profit“ im Februar 2024 im Europäischen Parlament gezeigt wurde, hagelte es Anzeigen durch Fleischkonzerne und Abgeordnete, um die Ausstrahlung zu unterbinden. Doch die Filmemacher ließen sich nicht abschrecken. Sie konnten sogar erreichen, dass eine spanische Abgeordnete zu den EU-Wahlen am 9. Juni nicht antreten wird, nachdem sie im Film sagte, ihr sei das Tierwohl von Hühnern, Schweinen und Katzen egal, sie esse sie alle. Dies zeige, welche Macht Bilder haben können, sagt Innocenzi. Der Film rangiert derzeit unter den zehn meistgesehenen Filmen in italienischen Kinos.

Landwirtschaft: Bürgerrat soll entscheiden

Auf die Frage, ob die Filmemacherin angesichts dieser Übermacht noch Hoffnung auf Veränderung habe, antwortet sie überraschend optimistisch. Sie glaube, dass die nötige Veränderung kommen wird. In etwa zehn Jahren werde vieles anders sein, da wir gezwungen seien, uns zu ändern. Und wenn die Menschen ihr Verhalten änderten, müssten die Politiker:innen nachziehen. Die Filmemacher arbeiten derzeit selbst aktiv an dieser Veränderung: Sie fordern, dass statt den EU-Abgeordneten ein Bürgerrat darüber entscheiden solle, welche Form der Landwirtschaft wir zukünftig mit unseren Steuergeldern finanzieren.

Das ausführliche Interview mit der Filmemacherin Giulia Innocenzi lesen Sie unter: www.tierrechte.de

Christina Ledermann

Lobbyismus

Die Industrie schlägt mit aller Macht zurück



Die Umweltwissenschaftlerin Nina Holland arbeitet bei der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory mit Sitz in Brüssel. Sie forscht schwerpunktmäßig zur Lobbyarbeit der Agrar- und Lebensmittelindustrie, insbesondere zum Einfluss von weltweit agierenden Unternehmen auf die Politikgestaltung der EU. Im Interview erklärt sie, mit welchen Strategien die Agrarlobby die Farm-to-Fork Strategie des Green Deals zum Scheitern bringen will, wie rechtsextreme Gruppen die Wut der Bauern instrumentalisieren und was passieren muss, um die notwendige sozial-ökologische Transformation zu retten.

Können Sie kurz zusammenfassen, wie die Lobbyarbeit der Agrarindustrie auf EU-Ebene funktioniert?

In Brüssel gibt es etwa 30.000 Lobbyisten. Mindestens 75 Prozent von ihnen arbeiten für den privaten Sektor. Jeder große Konzern wie Bayer, Shell oder Coca-Cola hat hier sein eigenes Lobbybüro. Die Lobbystrategien werden von Lobbyverbänden für jeden einzelnen Sektor ausgearbeitet und durchgeführt. Es gibt mindestens 1.500 dieser Verbände, darunter Croplife Europe (Pestizide), CEFIC (Chemikalien), FoodDrinkEurope, die European Livestock and Meat Trade Union (UECBV) und andere. Diese Lobbyverbände sorgen dafür, dass die gleichen Lobbytaktiken auch in den EU-Mitgliedstaaten angewandt werden, die im Rat über neue Gesetze abstimmen. Mit ihren immensen Lobbybudgets können die Konzerne und Lobbyverbände die Lobbyarbeit an Spezialisten auslagern wie Beratungs- und Anwaltskanzleien – von denen es auch im EU-Viertel Hunderte gibt. Was die Agrarindustrie betrifft, so haben zehn Lobbyverbände eine eigene Allianz namens Agri Food Chain Coalition gebildet, die bei wichtigen Themen wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) oder der Farm-to-Fork-Strategie zusammenarbeiten.

Welche Strategien nutzen sie?

Unternehmenslobbys haben viele Strategien. Da sie über große Kapazitäten verfügen, können sie ständig Akten und Entscheidungszeiträume verfolgen. Es ist sehr wichtig für sie, immer zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einzugreifen, da es effektiver ist, neue Umwelt-, Sozial- oder Tierschutzgesetze zu verhindern, wenn man die Diskussion zu einem frühen Zeitpunkt beeinflusst. Wenn es doch zu Vorschlägen kommt, ist eine häufig angewandte Strategie die, Politiker mit ihren eigenen Zahlen zu erschrecken. Mit Zahlen also, die wirtschaftliche Verluste, Arbeitsplatzverluste oder eine geringere Produktivität in der Landwirtschaft belegen sollen. Zu diesem Zweck finanzieren sie ihre eigenen, sehr einseitigen „Auswirkungsstudien“, die sie bei Forschungsinstituten in Auftrag geben, um ihnen einen akademischen Anschein zu verleihen.

Andere Strategien bestehen darin, wichtige Expertengrup-

pen der Europäischen Kommission zu dominieren oder eine Greenwashing-Kampagne zu organisieren.

Welche Rolle spielt Copa-Cogeca, der größte europäische Verband im Agrarbereich?

Für die Agrarkonzerne ist es von großer Bedeutung, mit der „Bauerngewerkschaft“ Copa-Cogeca zusammenzuarbeiten, die in Wirklichkeit nur die Interessen der 20 Prozent größten Landwirte vertritt. Dies gibt Lobbygruppen wie Croplife jedoch die Möglichkeit, sich als „Verbündete der Landwirte“ auszugeben. Sie haben sogar eine mit Copa-Cogeca koordinierte Kampagne inszeniert, um die EU-Strategie „Farm-to-Fork“ zu verzögern und zum Scheitern zu bringen. Selbst die schreckliche russische Invasion in der Ukraine wurde von Copa-Cogeca, der Agrarindustrie und der konservativen EVP-Fraktion als Vorwand genutzt, um sich gegen den Green Deal zu wehren und die Diskussion auf die kurzfristige Ernährungssicherheit zu verlagern, obwohl die Argumente irreführend waren.

Wieviel Einfluss hat die European Livestock Voice (ELV)?

European Livestock Voice ist eine Plattform für Copa-Cogeca und für die Milch- und Fleischindustrie, um die weit verbreiteten Forderungen nach weniger Fleischkonsum und höheren Tierschutzstandards zu bekämpfen. Sie zielen darauf ab, die allgemeine Meinung in Brüssel zu einem bestimmten Thema zu ändern, was relativ einfach zu bewerkstelligen ist, da es keine allgemeine öffentliche Debatte gibt. Sie füttern die traditionellen politischen Verbündeten (vor allem die christdemokratische EVP-Fraktion) mit vorgefertigten Argumenten und schaffen viele Gelegenheiten, wie z. B. Medienveranstaltungen, um ihnen Gehör zu verschaffen.

Welche Chancen sehen Sie für Tierschutz- und Umweltschutzorganisationen angesichts der schier überwältigenden Macht großer Lobbygruppen?

Angesichts des Wahlkampfgetöses der rechten Parteien konzentriert sich die EU derzeit wieder ausschließlich auf die



AdobeStock/Kurt Vansteelant



AdobeStock/gopixa

Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und entfernt sich von den besseren Visionen für die Landwirtschaft, die durch die EU-Strategie „Farm-to-Fork“ Einzug gehalten haben. Tierschutz- und Umweltgruppen müssen so laut und allgegenwärtig wie möglich bleiben, sowohl auf lokaler, nationaler als auch auf EU-Ebene, um ein möglichst großes Gegengewicht zu bilden. Wir werden wieder auf die Straße gehen müssen, um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen, aber noch mehr, um als Bewegung zu wachsen. Nationale Gruppen können noch genauer verfolgen, was ihre Europaabgeordneten und Minister in Brüssel tun, und sie zur Rechenschaft ziehen. Und schließlich ist es wichtig, mit denjenigen Bauernorganisationen zusammenzuarbeiten, die sich für agrarökologische Praktiken, eine Marktregulierung zur Erzielung eines fairen Einkommens und gegen Freihandelsabkommen und die Ausbeutung der Bauern durch die Agrarindustrie einsetzen.

Können Sie etwas zu den Verbindungen zwischen diesen Lobbygruppen und den konservativen, rechtsgerichteten und ultrarechten Parteien sagen?

Die Christdemokraten dominieren traditionell die großen Bauernverbände und die Landwirtschaftsministerien. Die Landwirte wiederum sind von diesen Bauernverbänden, die ihren Mitgliedern alle möglichen Dienstleistungen anbieten, abhängig. Nun aber, da viele Landwirte erkennen, dass die von rechten Kräften betriebene Agrarpolitik ihnen keinen angemessenen Lebensunterhalt ermöglicht, haben andere (rechtsextreme) Gruppen diese Wut instrumentalisiert und geben sich als Alternative aus. Dies ist sehr gefährlich.

Was bedeutet die Lobbyarbeit der Agrarindustrie für die Demokratie?

Das Ausmaß der Vereinnahmung durch Unternehmen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene bedeutet, dass die Demokratie nicht funktionieren kann. Die Stimmen der Bürger, die vom Klimawandel oder den gesundheitlichen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft betroffen sind, werden völlig ignoriert. Ein paar Jahre lang gab es eine gewisse Öffnung für neue Vorschläge, die dem öffentlichen

Interesse besser dienen. Aber jetzt, kurz vor den Wahlen, sehen wir, dass die Industrie mit aller Macht zurückschlägt. Sie schlägt einen „Europäischen Industriedeal“ vor, um sicherzustellen, dass der „Green Deal“ und „Farm-to-Fork“ vollständig abgelehnt werden und dass grüne Vorschläge in den kommenden Jahren keine Chance haben werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie Erfolg haben!

Laut einer neuen Studie fließen derzeit rund 82 Prozent der EU-Agrarsubventionen in die Produktion von tierischen Lebensmitteln. Was wäre Ihrer Meinung nach notwendig, um hier einen Paradigmenwechsel einzuleiten?

Mit der Farm-to-Fork-Strategie wurde bereits ein Anfang des Umdenkens gemacht. Wir sollten nicht bei Null anfangen müssen. Bürgerinitiativen und Landwirte müssen zusammenarbeiten, um für eine kommende Gemeinsame Agrarpolitik zu kämpfen, die keine Massentierhaltung finanziert und sowohl fair als auch grün ist.

Als Reaktion auf die Bauernproteste verabschiedet sich die EU-Kommission zunehmend von den Zielen des Green Deals. Haben Sie Hoffnung, dass die Stimmen für Tierschutz und Klima noch gehört werden?

Wir müssen uns lautstark all jenen Stimmen in rechten Parteien, in Organisationen wie Copa-Cogeca und ihren Mitgliedern entgegenstellen, die die Proteste der Landwirte instrumentalisiert haben. Die grundlegende Forderung ist die nach einem gerechten Einkommen, auf das alle Arbeitnehmer Anspruch haben sollten, und darin sollten wir uns solidarisch zeigen. Andere politische Parteien sollten glaubwürdige Vorschläge machen, wie sie die Landwirte bei einem ökologischen und gerechten Übergang unterstützen wollen.

Die Fragen stellte Steffanie Richter

Tierschutzgesetz: Verwässerte Reform

Als die Ampel im November 2021 ihren Koalitionsvertrag veröffentlichte, musste die Tierschutzbewegung anerkennen, dass sie deutlich ambitioniertere Tierschutzmaßnahmen als jede ihrer Vorgängerregierungen plante. Doch was bleibt nach zweieinhalb Jahren konfliktgeladener Regierungszeit von der Reform des Tierschutzgesetzes?

Seitdem der erste Reformentwurf im Juni 2023 durchgestochen wurde, ist die Entwicklung eindeutig: Die ursprünglich geplanten Tierschutzverbesserungen wurden systematisch entschärft und verwässert. Nicht nur die anderen Ministerien, sondern auch die Agrarlobby, Hundezüchter und Wissenschaftsverbände starteten ein mediales Dauerfeuer contra mehr Tierschutz und höhere Strafen. Dabei wäre es ein echter Fortschritt gewesen, wenn der ursprünglich geplante Passus unter §1 Tierschutzgesetz, wonach ein wirtschaftliches Interesse keinen vernünftigen Grund für eine Beeinträchtigung von Leben und Wohlbefinden eines Tieres darstellen dürfe, im Gesetz verblieben wäre. Doch nachdem der Deutsche Bauernverband das „Ende der landwirtschaftlichen Tierhaltung“ herbeidramatisierte, wurde der Satz eilig aus dem Entwurf gelöscht. Dabei wäre die Ergänzung nur die logische Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) von 2019 zur Kükentötung gewesen.

Agrarlobby setzt Verschlechterungen durch

Nach wochenlangem Protest gelang es der Milchindustrie zudem, die geplante fünfjährige Übergangsfrist bis zum Verbot der Anbindehaltung von Rindern auf zehn Jahre zu verlängern. Da die ebenfalls tierquälerische saisonale Anbindehaltung weiter möglich sein soll, wurde das grundsätzliche Verbot der Anbindehaltung praktisch ausgehebelt. Dabei verstößt die Qualhaltung schon lange gegen geltendes Tierschutzrecht.

Hundezüchter bestehen auf Qualzucht

Nachdem der Verband der Deutschen Hundezüchter (VDH) Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vorwarf, er plane mit den Regelungen gegen Qualzuchten ein Verbot des deutschen Dackels, wurden auch die Verbesserungen des Qualzuchtparagraphen aufgeweicht. Da half auch die Schützenhilfe des prominenten Tierpathologen Achim Gruber nichts, der die Behauptung der Hundezüchter als Blödsinn entlarvte und eine tierfreundlichere Zucht der beliebten Hunderasse forderte.

Tierschutz gilt auch für „Versuchstiere“

Obwohl es dringend geboten wäre, soll es auch keine Verbesserungen für die sogenannten „Versuchstiere“ geben – im Gegenteil. Auch die Wissenschaftsverbände machten Druck gegen die Reform. Durch die geplanten Verschärfungen für den Tatbestand der Tierquälerei befürchteten sie, dass Forscher:innen zukünftig mit Haftstrafen belegt werden könnten. Öffentlichkeitswirksam warnten sie vor der

Abwanderung biomedizinischer Expertise aus Deutschland. Ihre Forderung: die Tötung von sogenannten überzähligen Versuchstieren grundsätzlich gesetzlich legitimieren. Ein Unding, aus Sicht des Bundesverbandes. Es kann und darf nicht sein, Millionen von Tieren pauschal vom Schutzstatus des Tierschutzgesetzes auszunehmen. Im Jahr 2022 wurden 1,77 Millionen überzählige Tiere einfach getötet. Der Bundesverband forderte, den Umgang mit „überzähligen“ Tieren an anderer Stelle zu regeln. Dabei müssten die tierfreien Verfahren immer Vorrang haben, die Zahl der Tiere auf ein Minimum beschränkt und es dürfen keine Tiere „auf Vorrat“ gehalten werden. Zudem muss endlich die Vermittlung überzähliger Versuchstiere ermöglicht werden.

Tiertransporte: Immer noch kein Verbot

Bei der Reform des Tierschutzgesetzes wurde auch das überfällige Verbot von Tiertransporten in Hochrisikostaaen nicht angefasst – obwohl dies seit Jahrzehnten gefordert wird und rechtlich möglich wäre. Auch schmerzhaftes Eingriffe zur Anpassung von Tieren an tierschutzwidrige Haltungsformen dürfen weiterhin durchgeführt werden. Verschlechtert wurden auch die geplanten Regelungen zum Onlinehandel mit Tieren. Beim Verbot bestimmter Wildtiere im Zirkus wurde der Entwurf so ausgehöhlt, dass die ursprünglich geplanten Haltungsverbote unwirksam wurden. Die grundsätzlich positive Einführung der Video-Überwachung von Schlachthöfen soll nur in großen Betrieben stattfinden. Dabei belegen verdeckte Aufnahmen, dass es gerade in kleineren Schlachthöfen besonders oft zu grausamen Tierquälereien kommt.

TierNutzgesetz statt Schutzgesetz

Aus Tierschutzseite hatte bereits der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes viele Mängel. Doch auf Druck der Lobbys ließ man aus den größten tierschutzpolitischen Vorhaben der Ampel die Luft ab. Der Bundesverband warnte, die ohnehin unzureichenden Regelungen auf Druck der Wirtschaft noch weiter abzuschwächen. Er forderte FDP und SPD auf, dem grünen Koalitionspartner den Rücken zu stärken, und die im Koalitionsvertrag angekündigten Tierschutzverbesserungen wie versprochen umzusetzen.

Christina Ledermann



Droht Tierschutz-Kahlschlag in der Landeshauptstadt?

Bereits nach einem Jahr schwarz-roter Koalition im Berliner Senat zeichnen sich düstere Zeiten für den Tierschutz ab. Wichtige tierschutzrelevante Vorhaben, die unter Vorgänger-Regierungen auf den Weg gebracht wurden, sollen zurückgenommen oder beschnitten werden. Der Bundesverband und weitere Tierschutzorganisationen sind zutiefst besorgt über die Entwicklungen und kündigen Widerstand an.

Im Jahr 2019 hatte das damals rot-rot-grün regierte Berlin einen vielbeachteten Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. In dem Antrag geht es darum zu prüfen, ob das grausame System der Schweinehaltung (Haltung auf Vollspaltenböden, enge Kastenstände, Amputation der Ringelschwänze ohne Betäubung, etc.) mit dem Tierschutzgesetz vereinbar und damit verfassungskonform ist. Bisher geht der Gesetzgeber davon aus, dass diese Haltungsformen im Einklang mit § 2 Tierschutzgesetz stehen und damit „das Erfüllen arteigener Bedürfnisse“ ermöglichen.

Senatorin will Antrag zurückziehen

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar bis dato noch nicht über den Antrag zur Schweinehaltung entschieden, es zeichnete sich aber eine Urteilsfindung ab. Doch genau dieses wichtige Grundsatzverfahren will die Berliner Justizsenatorin jetzt vorzeitig beenden. Sie kündigte an, den Normenkontrollantrag mit der Begründung zurückzuziehen, es handele sich um ein umständliches Verfahren und die Problematik sei für Berlin nicht unmittelbar von Bedeutung, da dort keine Schweine gehalten würden.

Appell an Bundesverfassungsgericht

Um die Einstellung des Verfahrens zu verhindern, startete der Bundesverband zusammen mit fünf weiteren Tierschutzorganisationen eine Petition an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Diese appelliert an das Gericht, die Schweinehaltung wegen des großen öffentlichen Interesses auch dann zu überprüfen, wenn der Berliner Senat den Antrag zurücknimmt. Denn es ist völlig irrelevant, ob in Berlin selbst Schweine gehalten werden. Die Hauptstadt ist ein riesiger Absatzmarkt für

Schweinefleisch, und die Tiere kommen fast alle aus industrieller Tierhaltung.

Enorme bundespolitische Bedeutung

Die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Schweinehaltung betrifft unseinen grundsätzlichen Umgang mit den Tieren, erklärte auch Dr. Eisenhart von Loeper, renommierter Tierschutzjurist und ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes, in einem Interview. Die Art und Weise, wie die Mehrheit der Schweine gehalten werden, verursache massives Leid. Damit werde die Stellung der Tiere missachtet, die seit 2002 als Staatsziel in Art. 20a Grundgesetz verankert wurde. „Ein vorzeitiges Ende des Verfahrens wäre ein tierschutzpolitischer Skandal. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist überfällig und hat eine enorme bundespolitische Bedeutung“, führte von Loeper aus. Sie könne bewirken, dass die Schweinehaltung in Deutschland neu geregelt werden muss.

Maukorb für Tierschutzbeauftragte

Ähnlich rückschrittlich geht die Senatorin bei der Berliner Tierschutzbeauftragten, Dr. Kathrin Herrmann vor, die seit 2020 im Amt ist. Die Senatorin beabsichtigt, das Amt der Tierschutzbeauftragten in die Behördenhierarchie der Justizsenatsverwaltung einzugliedern. Künftig solle Herrmann, so der Plan, fachliche Stellungnahmen und

Äußerungen gegenüber der Presse von der Staatssekretärin freigeben lassen und nur noch eine beratende Funktion gegenüber der Senatsverwaltung und nachgeordneten Behörden haben. Dabei hatte die Vorgänger-Regierung das Amt der Tierschutzbeauftragten bewusst so angelegt, dass es fachaufsichtlich weisungsfrei ist.

Interessen der Tiere frei vertreten

Zwingend erforderlich ist beispielsweise eine eigenständige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nur so ist es der Landestierschutzbeauftragten möglich, unabhängig von der politischen Zusammensetzung einer Regierung oder von wirtschaftlichen Einflüssen die Interessen der Tiere adäquat und frei zu vertreten. In einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Kai Wegner forderte das Bündnis für Tierschutzpolitik, dem auch der Bundesverband angehört, die Kompetenzen der Landestierschutzbeauftragten nicht zu beschneiden.

Tierschutzfortschritte verankern

Die Vorgänge in Berlin zeigen, was mit Tierschutzfortschritten passiert, wenn eine andere Regierung an die Macht kommt. Dies wirft einen Schatten sowohl auf die Bundes- als auch auf die EU-Ebene. Es ist zu befürchten, dass die Regierung, die 2025 auf die Ampel folgt, deren tier- und umweltschutzpolitischen Forderungen nicht weiterverfolgen oder sogar rückgängig machen könnte. Umso wichtiger ist es, dass beispielsweise die im aktuellen Entwurf des Tierschutzgesetzes geplanten Verbesserungen noch in dieser Legislatur beschlossen werden. Die Verankerung im Gesetz macht es der Nachfolgeregierung schwerer, die Änderungen zurückzunehmen.

Christina Ledermann, Steffanie Richter



Vertreterinnen des Bundesverbandes mit der Berliner Tierschutzbeauftragten Kathrin Herrmann (Mitte). Foto: tierrechte.de

Reduktionsstrategie muss kommen!

Die Tierschutzbilanz der Ampelregierung im Bereich Tierversuche ist bisher enttäuschend. Bei der Überarbeitung des Tierschutzgesetzes klammert sie den Bereich vollständig aus. Doch es gibt Hoffnung, dass zumindest die im Koalitionsvertrag angekündigte Reduktionsstrategie noch in dieser Amtszeit kommt. Vorbildlich gehen indes Australien und England vor. Beide Länder verbieten einige besonders leidvolle Tierversuche.

Wie dringend nötig ein Paradigmenwechsel ist, zeigt der Blick auf die aktuelle Tierversuchsstatistik: Danach starben 2022 mehr als 4,2 Millionen Tiere in deutschen Laboren. Über 2,5 Millionen Tiere wurden einfach getötet, weil sie „überschüssig“ waren. Auch eine Recherche des NDR von November 2023 belegt den dringenden Handlungsbedarf: Sie ergab, dass in 9 von 16 Bundesländern illegal Tierversuche durchgeführt wurden.

Fehlende Kontrollen und lasche Strafen

Nach Informationen des NDR wurden mehr Tiere eingesetzt, mehr getötet und es wurde ihnen mehr Leid zugefügt als die Behörden genehmigt hatten. Doch trotz der teils gravierenden Verstöße kamen die Forscher:innen mit geringen Strafen davon oder die Verfahren wurden eingestellt. Hinzu kommt, dass die Veterinärbehörden wegen Personalmangel viel zu wenig Kontrollen durchführen.

Fast alle Tierversuche werden genehmigt

Der Bundesverband beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit diesen Missständen. In seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Tierschutzgesetzes machte er klar, dass die eklatanten gesetzlichen Defizite in diesem Bereich dringend behoben werden müssen, schon allein, um die Mindestanforderungen der EU-Tierversuchsrichtlinie endlich korrekt in Deutschland umzusetzen.

Schwerbelastende Versuche noch immer erlaubt

Hauptkritikpunkte sind, dass schwerbelastende Tierversuche in Deutschland noch immer erlaubt sind, obwohl ein Verbot möglich wäre. Außerdem werden die Genehmigungsbehörden durch ein eingeschränktes Prüfrecht geschwächt. In der Summe führt dies dazu, dass im Schnitt 99 Prozent aller Tierversuche genehmigt werden. Hinzukommt, dass das System der Tierversuchskommissionen in seiner aktuellen Form ungeeignet ist, um den Schutz der Tiere zu gewährleisten.

Positiv: Strategie statt Einzelmaßnahmen

Dennoch gibt es Hoffnung: Im Koalitionsvertrag war erstmalig von einer Strategie die Rede und nicht – wie bisher – nur von unkoordinierten und ineffektiven Einzelmaßnahmen. Dass diese im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, führen der Bundesverband und seine Partnervereine auf die gemeinsame bundesweite Kampagne für einen Ausstiegsplan aus dem Tierversuch im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 zurück. Ohne diesen Druck hätte es das Versprechen einer Reduktionsstrategie nicht gegeben.

Zwei Millionen Euro bereitgestellt

Im Oktober 2023 gab die Bundesregierung bekannt, dass sie zwei Millionen Euro für die Erarbeitung und Umsetzung der Reduktionsstrategie bereitstellt. Dies nährte die Hoffnung, dass es noch gelingt, dieses wichtige Projekt in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Im März veranstaltete die Bundestagsfraktion der Grünen ein Fachgespräch im Bundestag. Unter dem Thema „Zukunft ohne Tierversuche – Utopie oder Realität“ diskutierten Vertreter:innen von Wissenschaft, Industrie, Behörde und Tierschutzorganisationen.

Maßnahmen eingefordert

Der Bundesverband war dabei und nutzte die Gelegenheit, um nötige Maßnahmen darzustellen. Dr. Christiane Hohensee forderte ein ressortübergreifendes Kompetenzwerk, das sich gezielt mit den noch fehlenden Verfahren zum Ausstieg aus den Tierversuchen befasst. Es solle sich aus einem zentralen Projektteam, den bereits bestehenden Bundesinstituten, den Bundesministerien und Stakeholdern, wie dem Bundesnetzwerk 3R und den NGOs, zusammensetzen.

Lücken bei tierfreien Verfahren feststellen

Das zentrale Projektteam sollte beispielsweise zur gesetzlich vorgeschriebenen Unerlässlichkeit und ethischen Vertretbarkeit von Tierversuchen beraten, den Bedarf und die Lücken noch fehlender tierfreier Verfahren analysieren sowie notwendige Entwicklungsprojekte und Validierungsstudien planen. Hinzu käme die Koordination eines regierungsinter-



Foto: AdobeStock/HYUNGKEUN



Bei der Auftaktveranstaltung im Bundestag zur Reduktionsstrategie forderte Dr. Christiane Hohensee vom Bundesverband die Einrichtung eines Kompetenzzentrums.
Foto: Moritz Fleischmann



Foto: AdobeStock/Laurens

nen Austauschs und die Öffentlichkeitsarbeit. Finanzmittel müssten gezielt in die Methoden fließen, die geeignet seien, Tierversuche komplett zu ersetzen, hieß es von NGO-Seite. Dafür sei eine weltweite Kooperation nötig. Organisationen, wie der Bundesverband, müssten zudem von Anfang an in den Prozess miteinbezogen werden.

Zulassung dauert zu lange

Prof. Gilbert Schönfelder als Vertreter der Charité begrüßte ein ressortübergreifendes Kompetenznetzwerk. Dr. Andreas Lengeling von der Max-Planck-Gesellschaft regte an, dass alle wissenschaftlich Beteiligten ihr Wissen in einer Datenbank zur Verfügung stellen sollten. Beide wiesen jedoch darauf hin, dass es keine Doppelstrukturen geben dürfe. Die Industrie bemängelte zu Recht, dass die langwierige Validierung den Fortschritt behindere.

Den Weg bahnen

Der Bundesverband hatte bereits 2023 – gemeinsam mit einem Bündnis aus 13 weiteren Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen – einen Maßnahmenplan für eine tierversuchsfreie Forschung an alle politischen Entscheidungsträger übermittelt und seitdem immer wieder für die Maßnahmen geworben. Er wird sich weiter intensiv dafür einsetzen, dass die Reduktionsstrategie noch in dieser Amtszeit umgesetzt wird. Wenn diese steht, ist der Weg bereits gebahnt, auch wenn es in der nächsten Legislatur eine andere Regierung geben sollte.

England kündigt Reduktionsplan an

Die Reduktionsstrategie ist zwar nur ein Teilschritt für unser eigentliches Ziel - den Ausstieg aus dem Tierversuch, doch wir sehen die Strategie wie eine Maschine, die endlich in Bewegung gerät, um letztlich den Ausstieg einzuleiten. Unwarteter Rückenwind für dieses Vorhaben kam kürzlich aus England: Das britische Parlament kündigte an, einen neuen Plan zu veröffentlichen, um die Entwicklung, Validierung und Anwendung von Technologien und Methoden zur Reduktion von Tierversuchen zu beschleunigen.

Australien verbietet schwer belastende Versuche

Positive Nachrichten kamen im März auch aus Down Under: Das Oberhaus in New South Wales votierte für den

Antrag der Abgeordneten Emma Hurst, schwer belastende Schwimmversuche und Rauchinhalationsversuche an Nagetieren im „Animal Research Act“ zu verbieten. Im Vorfeld hatte das Parlament Leitlinien herausgegeben, nach denen der Test nicht mehr als „akutes Modell für Depressionen“ zugelassen wird und nur noch unter bestimmten Umständen für andere Zwecke genehmigt werden kann.

Tiere in Todesangst

Bei dem „Forced Swim Test“, der aus den 1970er Jahren stammt, werden Mäuse oder Ratten in einen Behälter mit Wasser gesetzt, aus dem sie nicht entkommen können. Mit der Simulation des Ertrinkens soll deren psychische Reaktion untersucht werden. Der umstrittene Test soll unter anderem dazu dienen, die Wirksamkeit von Antidepressiva zu beurteilen. Neuere Untersuchungen stellen die Zuverlässigkeit des „Forced Swim Test“ jedoch in Frage.

Wegweisendes Verbot

Die Entscheidung ist wegweisend für die weltweite Forschung und hat bereits jetzt zu Verboten an australischen Universitäten und Einrichtungen geführt. Große Pharmaunternehmen wie Bayer, Johnson and Johnson, Pfizer und AstraZeneca führen den Test nicht mehr durch. Der wichtigste staatliche Geldgeber für die tierexperimentelle Forschung in Australien stellt keine Förderung hierfür mehr zur Verfügung. Auch das britische Innenministerium kündigte an, den Schwimmzwangstest in England einzuschränken und ihn in Zukunft vollständig zu verbieten.

Tests auch in Deutschland verbieten

In Deutschland sind diese Versuche noch immer erlaubt. Zwischen 2017 und 2023 wurden allein 21 Anträge mit knapp 15.500 Ratten und Mäusen bewilligt. Der Bundesverband appellierte an die Bundesregierung, dem guten Beispiel Australiens und Großbritanniens zu folgen und die wissenschaftlich höchst fragwürdigen über 40 Jahre alten Tests auch in Deutschland zu verbieten. Ein Verbot des grausamen und umstrittenen Versuchs wäre ein perfekter Startschuss für die Einführung der Reduktionsstrategie in Deutschland.

Christiane Hohensee

Versuchstier des Jahres ist das Schwein

In diesem Jahr hat der Bundesverband das Schwein zum "Versuchstier des Jahres" ernannt. Das hochintelligente Säugetier wird vor allem in der Erforschung von menschlichen Zivilisationskrankheiten eingesetzt. Dabei erreichen nur etwa ein Viertel der Arzneimittel für Erkrankungen des Herz- oder Gefäßsystems nach Tierversuchen die Marktzulassung. Gleichzeitig ermöglichen tierfreie und humanbasierte Verfahren ganz neue Forschungsansätze. Mit der Ernennung des Versuchstiers des Jahres macht der Bundesverband einerseits auf das Leid der Tiere aufmerksam. Andererseits setzt er sich dafür ein, dass mehr tierfreie Verfahren entwickelt und angewendet werden.



Pixabay/PublicDomainPictures

Bei Tierversuchen denken die meisten Menschen spontan an Mäuse oder Ratten und weniger an Schweine. Doch im Jahr 2023 wurden hierzulande auch 27.912 Schweine in Tierversuchen eingesetzt. Untersuchungsziele sind neben der Grundlagenforschung vor allem die translationale¹⁾ und angewandte Forschung sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung. In den Versuchen geht es kaum um Erkrankungen des Schweins selbst – es geht hauptsächlich um Erkrankungen des Menschen.

„Modell“ für Zivilisationskrankheiten

Wissenschaftler:innen nutzen das Schwein aufgrund seiner anatomischen und physiologischen Ähnlichkeiten. Dabei geht es häufig darum, Therapien für Unfallopfer oder typische Zivilisationskrankheiten des Menschen zu entwickeln, wie Durchblutungsstörungen, Herzinfarkt, Schlaganfall oder Diabetes Typ 2. Verursacht werden diese Krankheiten häufig durch einen ungesunden Lebensstil, wie Bewegungsmangel, Übergewicht und eine ungesunde Ernährung.

Gesunde Tiere künstlich geschädigt

Um aus einem Schwein ein „Modell“ menschlicher Erkrankungen zu machen, werden die Schäden und Belastungen zunächst künstlich verursacht. Was dies für die Tiere bedeutet, zeigen einige Beispiele aus bereits durchgeführten Versuchen: Für eine Polytrauma-Untersuchung wurden die Tiere beispielsweise mit einem Bolzenschussgerät an Oberschenkeln und Rippen verletzt. Danach wurde ein Leberlappen eingeschnitten, um innere Blutungen und einen hämorrhagischen Schock auszulösen. Die so entstandenen Verletzungen wurden behandelt und die Schweine nach 72 Stunden euthanasiert.

Tötung am Ende der Versuche

In einem anderen Fall wurde bei Schweinen ein Rückenmarksinfarkt ausgelöst, um ein bildgebendes Verfahren zu untersuchen. Dafür wurde ein Teil der Aorta abgeklemmt und die Blutzirkulation unter-

brochen. Oder den Tieren wurde der Brustkorb geöffnet und nach Anschluss an eine Herzlungenmaschine ein Herzstillstand ausgelöst. Um Implantate zu testen, zogen Experimentator:innen in einem anderen Versuch den Tieren zahlreiche Zähne. In einem weiteren Fall wurden ihnen medikamentenfreisetzungsfähige Zink-Stents eingesetzt. Am Ende werden die Schweine so gut wie immer getötet und „fachlich entsorgt“.

Schweine als Crash-Test-Dummies

Im Jahr 2023 genehmigten die Behörden auch deutlich mehr Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit lebenden Schweinen als in den Vorjahren. Dabei existieren längst Modelle und E-Learning Plattformen, die ohne den Einsatz von Tieren auskommen. Anfänglich lernen die Teilnehmenden bei diesen Kursen Handling- und Fixationstechniken, Narkotisierung, das Prozedere künstlicher Beatmungen, das Legen von Transpondern oder Zugängen. In fortgeschrittenen Kursen üben sie beispielsweise Eingriffe am Herzen des lebenden Tieres. Auch hierfür werden die Tiere künstlich geschädigt, etwa durch Stich- oder Druckverletzungen an verschiedenen Organen, um sie danach zu behandeln. Auch diese Schulungen enden in der Regel mit der Tötung der Tiere.

Tierleidfreie Verfahren zu wenig beachtet

Nur etwa 25 Prozent der auf Basis von Tierversuchen entwickelten Arzneimittel im Bereich kardiovaskulärer Erkrankungen, also Erkrankungen, die vom Gefäßsystem oder vom Herzen ausgehen, erreichen letztlich die Marktzulassung.

Dies ist größtenteils auf eine schlechte Vorhersagbarkeit beim Menschen aufgrund mangelnder Wirksamkeit oder unvorhersehbarer Giftigkeit zurückzuführen. Daher ist es nicht nur aus ethischen, wissenschaftlichen, sondern auch aus Gründen der Medikamentensicherheit erforderlich, neue tierfreie Methoden zu entwickeln und vorhandene zur Anwendung zu bringen.

Wie wäre es
mit messbarem
Handeln statt
Quatschen?

Mark Benecke



Foto: Oetinger-Verlag

3D-Gewebestrukturen simulieren Biomechanik

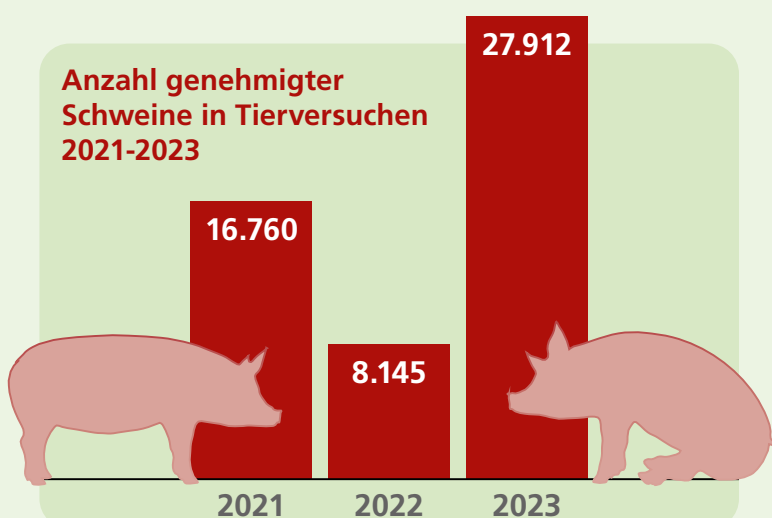
Das EU-Referenzlabor EURL ECVAM hat in einer Studie zahlreiche aktuelle tierfreie Modelle und Methoden charakterisiert, die in der biomedizinischen Forschung zu Herz-Kreislaufkrankungen eingesetzt werden können. Das hat Perspektive, denn arzneimittelentwickelnde Konzerne haben ein großes Interesse an humanspezifischen Verfahren. So können 3D-Gewebestrukturen bereits die komplexere Biomechanik des Herzens oder der Blutgefäße erfassen – Ansätze, die zumindest Tierversuche am Schwein reduzieren können. Auch Computermodellierungen und -simulationen auf Basis von Humandaten sollen in Zukunft in den Zulassungsprozess für medizinische Produkte integriert werden können.

Nachbau des menschlichen Körpers

Auch für die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Eignungstests neuer bildgebender Verfahren gibt es inzwischen überzeugende Alternativen, die bereits jetzt viele Tierversuche am Schwein ersetzen können. Die Modelle von SynDaver aus den USA bilden den menschlichen Körper sehr genau nach. Neben aufwändigen chirurgischen Simulatoren bietet das menschliche Modell ein komplettes Muskel-Skelett-System, ebenso wie ein Herz-Kreislauf-, Atem- und Magen-Darm-System. Das Organgewebe wurde genau nachgebildet, um die wesentlichen mechanischen und physikalischen Eigenschaften von lebendem Gewebe nachzuahmen. Das Herz kann zudem synthetisches Blut pumpen und ist kompatibel mit allen bekannten Bildgebungssystemen und medizinischen Geräten.

Wege für neue Forschungsansätze

Da auch die Arzneimittelentwickler großes Interesse an humanspezifischen Verfahren haben, arbeiten Wissenschaft-



Quelle: Animaltestinfo, Stand: 21.3.24 Illustrationen: Vecteezy/iniij

Der Kriminalbiologe und diesjährige Schirmherr des Versuchstiers des Jahres, Dr. Mark Benecke, fordert in seinem Statement neue Versuchstechniken, die ohne lebende Tiere auskommen.

Warum sehen wir trotz Jahrzehnten der angeblichen Tierliebe keinen deutlicheren Rückgang in der Nutzung von Versuchstieren und bei der Tötung von nicht genutzten Versuchstieren? Warum bleiben tierversuchsfreie Verfahren oft unbeachtet oder brauchen Jahrzehnte, bis sie anerkannt sind? Warum gibt's oft nur Wort-Geklingel?

Ganz einfach: Tiere interessieren die meisten Menschen entgegen ihrer erlogenen Tier-„Freundlichkeit“ null. Außer es sind ihre kuscheligen Haus-Tierchen, denn das ist ja was anderes. Wie wäre es mit messbarem Handeln statt Quatschen und Krokodilstränen?

ler:innen an komplexen Lösungen, um den gesamten Körper nachzubilden. Innovationen gibt es aktuell in der Stammzellforschung, den bildgebenden Verfahren und der Computertechnologie. Jede neue Technik kann den Weg für neue Forschungsansätze ebnen. Sind die Verfahren erst einmal entwickelt, können sie auch jenseits der Risikobewertung von Arzneimitteln dazu beitragen, Tierversuche zu reduzieren, etwa in der Grundlagen- und der angewandten Forschung. Doch dafür müssen die neuen Verfahren bekannt und finanziell umsetzbar sein.

Über die Reduktion zum Ausstieg

Um die Reduktion und letztlich die Beendigung von Tierversuchen zu erreichen, hat der Bundesverband eine Reduktionsstrategie entwickelt. Derzeit arbeitet er intensiv daran, dass die Bundesregierung diese – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – noch in dieser Legislaturperiode umsetzt. Zwei Millionen Euro hat die Ampel dafür zur Verfügung gestellt. Das letztendliche Ziel ist jedoch die Umsetzung einer Gesamtstrategie für eine tierleidfreie Wissenschaft, die zum Ausstieg aus dem Tierversuch führt. Dies würde, neben Tausenden von Schweinen, fast fünf Millionen Tieren jährlich in Deutschland das Leben retten, für mehr Medikamentensicherheit sorgen und gleichzeitig den Weg für neue Forschungsansätze ebnen.

Christiane Hohensee
Aslihan Cetin

Taubenpille oder Töten

Tierschutzwidrige Maßnahmen im Aufwind

Viele Kommunen führen das Stadttaubenmanagement mit betreuten Schlägen und Ei-Austausch ein, um die Populationen nachhaltig und tierschutzgerecht zu regulieren. Doch es gibt auch eine andere Entwicklung: Einige Städte scheuen nicht davor zurück, tierschutzwidrige Maßnahmen und ungeprüfte Verhütungsmittel einzusetzen oder die Tiere sogar töten zu lassen. Der Bundesverband hat rechtliche Schritte angekündigt.

Stadttauben sind als Nachkommen entflogener oder ausgesetzter Haustauben seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil unserer städtischen Lebensräume. Durch den Prozess der Domestizierung verfügen die Tiere über besondere Eigenschaften, die gleichzeitig die Hauptursache des Stadttaubenproblems sind, etwa ihre gesteigerte Brutaktivität. Diese zuchtbedingten Eigenschaften führen durch Überpopulation und Mangelernährung zu miserablen Lebensbedingungen für die Tiere sowie zu Stadtverschmutzung durch flüssigen Hungerkot. Viele Kommunen stehen vor der Herausforderung, diese multiplen Probleme anzugehen.

Limburg plant Taubentötung

Die hessische Stadt Limburg schaffte es jüngst wochenlang in die deutschlandweite Berichterstattung mit dem Plan, Hunderte Tauben in der Innenstadt durch einen Falkner töten zu lassen. Der Umweltausschuss von Limburg hatte sich mit Ausnahme der Grünen im November 2023 mehrheitlich für diese tierschutzwidrige Maßnahme zur Reduzierung der Population ausgesprochen. Gegen den Beschluss gab es sofort massive Proteste vom Stadttaubenprojekt Limburg. Der Verein startete das Bürgerbegehren „Stoppt das Taubentöten!“ und forderte die Rücknahme des Beschlusses.

Wir gehen gegen illegale Tötung vor

Auch der Bundesverband legte unmittelbar nach Bekanntwerden sein Veto ein und forderte die Lokalpolitiker auf, den Beschluss aufzuheben und stattdessen ein tierschutzgerechtes Stadttauben-Management einzuführen. Parallel dazu kündigten wir gemeinsam mit der Erna-Graff-Stiftung für Tierschutz rechtliche Schritte gegen die geplante Tötung an und beauftragten einen Professor des öffentlichen Rechts mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens. Aus unserer Sicht haben die Lokalpolitiker mit ihrer Stimme einen Rechtsbruch zugestimmt, da die geplante Tötung per Genickbruch sowohl gegen das Tierschutzgesetz als auch gegen das Staatsziel Tierschutz verstößt. Abgesehen davon ist die Tötung von Stadttauben zur Populationskontrolle nicht nachhaltig. Die

Bestände verjüngen sich, die freigewordenen Nistplätze werden durch Tauben aus der Umgebung aufgefüllt.

Bürger sollen entscheiden

Nachdem das Bürgerbegehren „Stoppt das Taubentöten!“ mit 3.310 gültigen Stimmen erfolgreich war, musste die Stadtverordnetenversammlung erneut über das Thema beraten. Für die Politiker gab es zwei Möglichkeiten: Den eigenen Beschluss zu kippen oder für die Durchführung eines Bürgerentscheids zu votieren. Weil sie einstimmig dafür plädierten, kommt es am 9. Juni zusammen mit der Europa- und Landratswahl zum Bürgerentscheid über die Frage, ob die Tauben getötet werden sollen. Zum Redaktionsschluss ist der Tauben-Krimi noch nicht zu Ende. Die Hürde für ein entsprechendes Ergebnis des Bürgerentscheides ist hoch, weil mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten für den Bürgerentscheid stimmen müssten. Über die weitere Entwicklung werden wir berichten.

Taubenpille (zu) wenig erforscht

Auch die sogenannte Taubenpille „Ovistop“ als zusätzliche oder gar ausschließliche Maßnahme zur Populationskontrolle traf in den letzten Monaten bei einigen Städten auf Zuspruch. Bei Ovistop handelt es sich um Maiskörner, die mit dem Wirkstoff Nicarbazin präpariert sind. Dieser Wirkstoff wird seit den 1950er Jahren weltweit zur Bekämpfung der Kokzidiose, einer parasitären Darmerkrankung, in der Zucht von Masthühnern eingesetzt. Ein Nebeneffekt ist, dass der Wirkstoff temporär unfruchtbar macht. Als dauerhaftes Verhütungsmittel für Tauben ist Nicarbazin allerdings kaum erforscht, es gibt nur wenige Studien aus Italien, Belgien und Spanien.

Lebensbedrohliche Nebenwirkungen möglich

Bei sogenannten Masthühnern wird von lebensbedrohlichen Nebenwirkungen berichtet. Beispielsweise ein vom Wirkstoff ausgelöster Hitzetod sowie zu dünne Eierschalen, die zum Steckenbleiben der Eier und in der Folge zum qualvollen Tod des Weibchens führen. Zu den vielen offenen Fragen gehören außerdem die zweifelhafte langfristige Wirksamkeit des teuren Präparates ebenso, wie die Frage, wie die notwendige tierärztliche Begleitung bei Hunderten von freifliegenden Tieren gelingen oder wie ausgeschlossen werden soll, dass andere Tiere den präparierten Mais aufnehmen.



Pixabay/analogicus



Pixabay/Coleur

Bielefeld plant Pille statt Taubenschläge

Dennoch plant zum Beispiel die Stadt Bielefeld ein bislang gut funktionierendes Taubenschlagprojekt zugunsten einer Kombination aus Fütterungsverbot und der Verabreichung von Ovistop zu ersetzen. Der Verein Stadttauben Bielefeld reagierte entsetzt, da damit eine jahrzehntelange Gemeinschaftsleistung von Stadt, Kultur und Bürgern durchkreuzt wird. In einem Offenen Brief an die Stadtverantwortlichen unterstützte unser Verband das Anliegen der Bielefelder Tierschützer mit allen belegbaren Argumenten und forderte, beim bewährten Konzept zu bleiben. Zunächst muss das neue Stadttauben-Konzept noch durch die politischen Ausschüsse der Stadt. Wenn das Konzept – das etwa 75.000 Euro im Jahr kosten soll – befürwortet wird, soll mit Beginn 2025 Ovistop an die Stadttauben verfüttert werden.

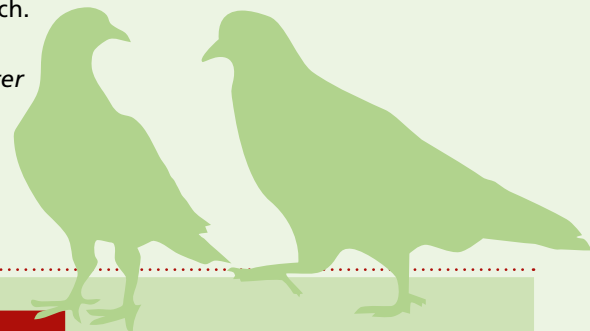
Maßnahmenmix kann sinnvoll sein

Da unserem Verband die Probleme mit großen Tauben-Populationen, insbesondere in Großstädten, bewusst sind, verschließen wir uns nicht grundsätzlich einem Maßnahmenmix. Allerdings sollten diese auf Wirksamkeit und Nebenwirkungen überprüft und nachweislich tierschutzgerecht sein. Dies ist unserer Ansicht nach bei Ovistop aktuell nicht der Fall. Die Voraussetzung, wonach Methoden zur Populationskontrolle und zur Abwehr von Stadttauben verhältnismäßig sein müssen, ist damit aus unserer Sicht nicht erfüllt

Stadttauben-Management bleibt effektivste Methode

Die einzig etablierte, tierschutzgerechte sowie nachweislich effektive Methode zur langfristigen Reduktion der Taubenpopulation ist und bleibt das Stadttauben-Management. Dieses hat sich seit fast 30 Jahren bewährt und wird in vielen Städten erfolgreich umgesetzt. Dies zeigte die Umfrage des Bundesverbandes von 2021. Das Ziel ist eine kleine und gesunde Population. Bei der Diskussion dürfen wir zudem nicht vergessen, dass das „Problem“ menschengemacht ist. Die domestizierten Tiere sind von den Menschen abhängig. Ohne Versorgung verelenden sie und sterben früh. Die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen, die in den Stadttaubenvereinen hervorragende Arbeit leisten, berichten von Hungertod, Krankheiten und Verstümmelungen. Konsequenterweise umgesetzt, sind deshalb betreute Taubenschläge mit Eieraustausch das Mittel der Wahl, die Populationen tierschutzgerecht zu regulieren, den Tieren ein gutes Leben zu ermöglichen und für mehr Stadtsauberkeit zu sorgen. Eine Win-Win-Situation für Tier und Mensch.

Steffanie Richter



Düsseldorf entscheidet gegen Ovistop

Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Düsseldorf: Sie entschied sich gegen den Einsatz von Nicarbazin. Wie die Rheinische Post Anfang Mai berichtete, beschloss die Großstadt nach einer eingehenden Nutzen-Risiko-Abwägung, die umstrittene Taubenpille nicht einzusetzen. Die Begründung: Das Risiko sei größer als der Nutzen. Gegen die Anwendung spricht aus

Sicht der Stadt außerdem die Gefahr einer Resistenzbildung gegen den antimikrobiellen Wirkstoff und die potenziellen Nebenwirkungen auf andere Tiere. Düsseldorf setzt stattdessen weiterhin auf das bewährte tierschutzgerechte Stadttaubenkonzept mit kontrollierten Taubenschlägen, das der dortige Tierschutzverein seit vielen Jahren erfolgreich umsetzt. Er tauscht

in den Taubenschlägen jährlich etwa 6.000 Eier aus, versorgt die Tauben mit artgerechtem Körnerfutter und kümmert sich um kranke Tiere. So gelingt es dem Verein, den Taubenbestand auf tierfreundliche Weise zu regulieren und gleichzeitig etwas gegen das Leid der Tiere zu tun.

Skandalös: Hirnforschung an Affen geht weiter

Seit Jahren tobt der Streit um die umstrittenen Affenversuche an der Universität Bremen. Ende 2023 lehnte die Bremer Senatorin die Weiterführung der Affenversuche ab. Dagegen wehrte sich Hirnforscher Andreas Kreiter. Mitte April entschied das Bremer Verwaltungsgericht, dass der Neurobiologe die Versuche vorläufig weiter durchführen dürfe, allerdings mit Einschränkungen. So dürften bei neuen Versuchstieren keine versuchsvorbereitenden chirurgischen Eingriffe vorgenommen werden. Das Gericht bewertete das vom Gesundheitsressort vorgelegte Gutachten, mit denen das Ende der Versuche begründet werden sollte, als wissenschaftlich nicht ausreichend. Es sah das „Interesse des Antragstellers an der Vermeidung irreversibler Nachteile für seine Forschung“ als höher an als das Interesse an der Vermeidung der Belastungen der Versuchstiere. Die Belastungen der Versuchstiere stufte das Gericht nur als höchstens mittelgradig ein. Menschen für Tierrechte kritisierte die gerichtliche Entscheidung scharf. Das Gericht habe wissenschaftliche Gutachten ignoriert, die eine enorme Belastung der Makaken belegten und den Nutzen der Versuche in Frage stellen.

Pflanzliche Ernährung: Studien fordern Umstellung

Zahlreiche Studien belegen, dass ein grundlegender Systemwechsel unseres

Landwirtschafts- und Ernährungssystems unumgänglich ist. Dies forderte kürzlich auch das Umweltbundesamt (UBA). UBA-Präsident Dirk Messner sagte, ohne eine Reduzierung der Tierbestände sei ein wirksamer Klimaschutz in der Landwirtschaft nicht möglich. Nötig sei zudem weniger Fleischkonsum und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für tierische Produkte von derzeit 7 auf 19 Prozent. Diese Forderung wird auch von der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und dem neuen Bürgerrat für die Ernährungswende unterstützt. Die Gelder sollen den Umbau der Tierhaltung finanzieren. Dass eine globale Ernährungswende hin zu einer pflanzenbasierten Ernährung ein entscheidender Hebel sein kann, um die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, belegt auch eine neue Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Eine Ernährungsumstellung würde insbesondere die Treibhausgasemissionen von Methan aus der Fleisch- und Milchproduktion reduzieren. Auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfiehlt in ihren neuen Richtlinien eine pflanzenbetonte Ernährung. Die Studienergebnisse und Empfehlungen decken sich mit dem Maßnahmenkatalog des Bundesverbandes für eine Agrar- und Ernährungswende. Darin fordern wir neben einer Informations- und Bildungskampagne, die Abschaffung der Mehrwertsteuer für pflanzliche Nahrungsmittel sowie eine zusätzliche Abgabe für tierische Produkte. Die Ein-

nahmen sollten in Umstiegsförderungen für Landwirt:innen fließen, die aus der Tierhaltung aussteigen.

Wale zu juristischen Personen erklärt

Bis zu 20.000 Meeressäuger sterben jedes Jahr durch Kollisionen mit Schiffen. Um Wale besser zu schützen, haben die neuseeländischen Māori und die indigenen Völker von Tahiti und den Cook-Inseln in einer gemeinsamen Erklärung den Tieren Anfang April Persönlichkeitsrechte verliehen. Das bedeutet, dass Wale in Zukunft ein Recht auf körperliche Unversehrtheit haben. Die indigenen Völker wollen damit eine Blaupause für andere Länder schaffen, um den Schutz der Tiere in ihren nationalen Verfassungen zu verankern. Neben dem Schutz vor Schiffskollisionen gehören auch das Recht auf eine lebenswerte Umwelt, gesunde Nahrung und Reproduktion dazu. Das Besondere: Statt Bestrafung bei Verstößen schlagen die Initiatoren die Einführung eines Belohnungssystems vor.

Urteil: Putenhaltung tierschutzwidrig

Was unser Mitgliedsverein Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg im März 2024 vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim erreicht hat, könnte im besten Fall zum Ende der tierquälerischen Intensivtierhaltung von Puten führen. Der Verein hatte 2017 beim Veterinäramt Schwäbisch-Hall beantragt, gegen einen Putenmäster einzugreifen und die Putenhaltung zu untersagen. Nachdem das Veterinäramt, trotz massiver Tierschutzverstöße, keinen Handlungsbedarf sah, reichte der Verein eine Untätigkeitsklage gegen den Landkreis beim Verwaltungsgericht in Stuttgart ein. Die Klage wurde abgewiesen. In der Berufung erreichte der Verein einen Teilerfolg: Der VGH konnte sich in seinem Urteil zwar nicht zu einer vollständigen Untersagung der Putenhaltung durchringen, stufte die gängige Haltungspraxis jedoch als tierschutzwidrig ein. Das Gericht verpflichtete das Veterinäramt, die Haltung in dem konkreten Betrieb neu zu bewerten und Verbesserungen anzuordnen. Dabei muss das Amt die



Foto: AdobeStock/Rawpixel.com



Wenn die Revision beim Verwaltungsgerichtshof zugelassen wird, könnte das Folgeurteil bestenfalls zum Ende der tierquälereischen Putenhaltung führen.

Foto: soylent-network

Urteilsbegründung des VGH berücksichtigen. In seinen Ausführungen bekräftigte der Gerichtshof den grundrechtlichen Schutz der Tiere. Der „vernünftige Grund“ der Ausnutzung von vor allem landwirtschaftlichen Nutztieren habe dort seine Grenzen, wo allein ökonomische Interessen die Haltungsbedingungen bestimmen. Wenn die beantragte Revision zugelassen wird, könnte das Urteil Präzedenzcharakter für die gesamte Branche haben.

Historisches Urteil zum Klimaschutz

Klimaschutz ist eine Menschenrechtsfrage und kann vor Gericht eingeklagt werden: Das machte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 10. April klar. Das Urteil

könnte ein Präzedenzfall für weitere Klimaklagen nicht nur vor dem EGMR, sondern vor unzähligen nationalen Gerichten werden. Das Gericht befand, dass die Schweiz durch mangelnden Klimaschutz Menschenrechte verletzt hat. Geklagt hatte eine Gruppe Schweizer Seniorinnen gegen die aus ihrer Sicht mangelhafte Schweizer Klimapolitik. Sie wies darauf hin, dass der Klimawandel besonders ältere Frauen belaste, die am meisten von der extremen Hitze betroffen seien. Das Urteil könnte dazu führen, dass die Schweiz ihre Anstrengungen beim Klimaschutz verstärken muss. Es hat zudem eine große Signalwirkung. Denn das Gericht mit Sitz in Straßburg gehört zum Europarat und ist für die Einhaltung der Menschenrechtskonvention zuständig. Zum Eu-

roparat zählen neben den EU-Staaten auch andere Länder wie die Türkei oder Großbritannien.

Tiermedizin: Neue Doku-Reihe über Alternativen

Die neue, internationale Filmreihe „Training the Animal Doctor“ stellt tierleidfreie, innovative Lehrmethoden für die tiermedizinische Ausbildung vor. Die Reihe wird von dem internationalen Netzwerk für eine humane Ausbildung „InterNICHE“ produziert. Der Bundesverband hat die Filmreihe praktisch und finanziell unterstützt. Fallstudien zeigen, wie alternative Methoden Tierversuche vollständig ersetzen und dabei den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten verbessern können. Wissenschaftler:innen, Lehrende und Studierende bestätigen, dass die Lernziele damit schneller und besser erreicht werden als mit getöteten Tieren. In dem ersten Teil wird das Hundechirurgie-Modell des Unternehmens SynDaver aus Florida vorgestellt. Das Innovative ist, dass das Modell naturgetreu konzipiert ist und an ihm verschiedene Notfallsituationen sowie Behandlungen und Eingriffe – von der Intubation über Kastration bis zur Tumorentfernung und Knochenoperation – geübt werden können. Der „Patient“ atmet und blutet und reagiert auf Behandlungsmaßnahmen während der OP, so wie es auch in realen Situationen der Fall ist. Die 37-Minuten lange Doku mit deutschen Untertiteln können Sie sich ansehen unter: vimeo.com/893328112.



Fotoausschnitt aus dem Film

Grafik: tierrechte.de

Hiermit bestelle ich bei **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.**
Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich
Tel. 02252 - 830 12 10 | Fax 02252 - 830 12 11

- auf Rechnung (nur für Fördermitglieder und Mitgliedsvereine)
- per Bankeinzugsverfahren (Versand erst nach Eingang des Betrages aus dem Lastschriftinzug) **Preisangaben zzgl. Versand und Porto** (nach Aufwand)

Flug- & Faltblätter

- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“
Flugblatt, 2-seitig, DIN A5, 4-farbig,
100 Stück à € 2,00
- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“
Unterschriftenliste, DIN A4, bis zu 10 Stück sind
die Unterschriften-Listen kostenlos
- Klimawandel: Wir brauchen eine
Agrar- und Ernährungswende**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Zoo: Leben hinter Gittern**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Zirkus: „Zauber der Manege“?
Ja, aber nicht mit Tieren**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Tierverbrauch im Studium?**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Schluss mit Tierversuchen**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Stadttauben – Geburtenkontrolle
für friedliche Nachbarschaft**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50

Filme

- „Hühnermast – Ein Blick hinter die
Kulissen“
DVD, Stück à € 7,00, 6 Min., Filmaufnahmen
aus deutschen Mastställen, die die
tierquälische Hühnermast belegen.
- „Stadttaubenmanagement“
DVD, Stück à € 5,00, 22 Min., Film zur Umsetzung
des Stadttaubenkonzeptes
- „Ratgeber Praxis
Stadttaubenmanagement“
DVD, Stück à € 7,50, 45 Min.,
einzeln anklickbare Kapitel zur prakt. Umsetzung
des Stadttaubenkonzeptes
- „Der Zirkus kommt“
DVD, Stück à € 5,00, 6 Min.,
Film über die Realität hinter den
glänzenden Fassaden der Tierdressur.

Poster | Karten | Aufkleber

- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“
Poster, 1,00 €
- „Ich weiß, was Ihr Pelz gekostet hat“
Wendekarte, 50 x 90 mm, 2-seitig;
50 Stk. à € 1,00
- „Tiere haben Rechte“
Aufkleber, DIN A6, Stück à € 0,50, 4-farbig,
outdoor-geeignet
- Motiv Affe
- Motiv Katze
- Motiv Schweine
- Motiv Kühe
- Motiv Tauben
- Aufkleber DIN A7**
Farbig, auf veganer Haftfolie;
Stück à € 0,50 zzgl. Versandkosten
- „mod. Forschung ohne Tierversuche“
- „Lebe vegan“ Motiv Kälbchen
- „Lebe vegan“ Motiv Ferkel
- Briefaufkleber, versch. Motive**
2- bis 4-farbig, Papier selbstkl., 54mm x 32mm;
Päckchen (Inhalt 30 Stück) à € 1,50
- Motive Forschung ohne Tierversuche
- Motiv Leben Sie vegan
- Motiv Zoo & Zirkus ohne uns
- „Jedes Leben ist ein Wunder“
Aufkleber, rund, 8 cm, 4-farbig, Stück à € 0,50
- Motiv (Vier Tiere)
- Motiv Huhn
- Motiv Schwein
- Motiv Kuh
- Motiv Schaf
- Magnetschild**, rund, 8 cm, 4-farbig;
Stück à € 1,50

Broschüren

- Stadttauben**
DIN A5, Stück à € 0,20, Edition 2015, 4-farbig
- Handbuch Stadttaubenmanagement**
DIN A4, Stück à € 1,00, Edition 2021, 4-farbig,
32 Seiten
- Tierversuche haben keine Zukunft**
DIN A5, Stück à € 0,25, Edition 2022, 4-farbig
- Ein Testament für die Tiere**
DIN A5, 4-farbig, Edition 2022, kostenlos



**Broschüre
„Ein Testament
für die Tiere“**

Das Ende des eigenen Lebens ist für viele ein Tabuthema. Dazu gehört auch das Abfassen eines Testaments. Dennoch ist es ein wichtiges Thema, wenn man selbst entscheiden will, was mit dem Nachlass geschehen und ob er zum Beispiel zum Wohle der Tiere verwendet werden soll. Mit unserer neuen Broschüre „Tieren helfen – über das eigene Leben hinaus“ möchten wir Ihnen aufzeigen, was Sie beachten sollten, damit Ihr letzter Wille erfüllt wird. Die 20-seitige Broschüre enthält Mustertexte sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen und ist liebevoll illustriert mit Tierfotos, die auf unseren Lebenshöfen entstanden. Sie können die Broschüre kostenlos in unserer Geschäftsstelle bestellen. Auf Wunsch stehen wir Ihnen gerne für eine persönliche Beratung zur Verfügung.
DIN A5, 4-farbig, Edition 2022, kostenlos

**Aufkleber und Magnet
„Jedes Leben ist ein Wunder“**

Diese charmanten Aufkleber gibt es mit fünf Motiven für je € 0,50. Das Magnetschild gibt es mit dem Motiv „Vier Tiere“ für € 1,50.



Absender

Name

Straße

PLZ/Ort

Vorwahl/Telefon Vorwahl/ Fax

Bankverbindung

IBAN

Geldinstitut

Kontoinhaber/in

Datum, Unterschrift

Ja

Bitte einsenden an:

Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.
Severinusstr. 52
53909 Zülpich

Ich möchte die Arbeit der *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.* unterstützen und Fördermitglied werden. Ich erhalte regelmäßig das Magazin *tierrechte* sowie weitere aktuelle Informationen.

Mein Beitrag beträgt (wiederkehrende Zahlung, Entsprechendes bitte ankreuzen/Wunschbeitrag eintragen)

- 48,- Euro jährlich
- 60,- Euro jährlich
- 100,- Euro jährlich
- _____ Euro jährlich
(Beitrag frei wählbar, nicht unter 48,- Euro)
- _____ Euro monatlich
(Beitrag frei wählbar, nicht unter 4,- Euro)

____ . ____ ____ 2 0 ____
Hier bitte den Monat für die gewünschte Erstbelastung Ihres Kontos angeben. Die Belastung erfolgt zum 15. des angegebenen Monats.

Ich möchte den „Newsletter Tierrechte“ per E-Mail zweimal monatlich und kostenfrei an nebenstehende Adresse erhalten.

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon, Fax

E-Mail

Geburtsdatum Beruf (optional)

Datum, Unterschrift

Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

SEPA-Lastschrift-Mandat

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.
Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE81ZZZ00000127618
Mandatsreferenz: (wird vom Verein vergeben)

Ich ermächtige *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.*, Beitragszahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.* auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vor- und Nachname Kontoinhaber

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

IBAN (22 Stellen)

BIC (8 oder 11 Stellen)

Ort, Datum, Unterschrift Kontoinhaber

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bundesverb. der Tierversuchgegner e.V.

IBAN
DE02390500000016007973

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
AACSDE33

Bei Beträgen bis 200,00 Euro gilt der abgestempelte Beleg als Spendenquittung.

Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.
Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen) ggf. Stichwort

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN Prüfzahl Bankleitzahl des Kontoinhabers Kontonummer (rechtsbündig u. ggf. mit Nullen auffüllen) 06

Datum Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Zahlungsempfänger

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.
Geschäftsstelle Severinusstr.52
53909 Zülpich

IBAN
DE02 3905 0000 0016 0079 73

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters
AACSDE33

Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders

Kontoinhaber/Zahler: Name

IBAN

Spenden bitte an:

Bundesverband der
Tierversuchsgegner e.V.
Sparkasse Aachen

IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973
BIC: AACSD33

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.

Geschäftsstelle

Tel. 02252 - 830 12 10
Fax 02252 - 830 12 11
info@tierrechte.de
www.tierrechte.de

Geschäftsführung

RA Judith Reinartz
Tel. 02252 - 830 12 10
reinartz@tierrechte.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und industrielle Tierhaltung

Christina Ledermann (M.A.)
Tel. 0179 - 450 46 80
ledermann@tierrechte.de

Mitgliederbetreuung

Aslihan Cetin
Tel. 030 - 446 30 00 | cetin@tierrechte.de

Projekt InVitroJobs

Dr. rer. nat. Christiane Hohensee
(M. Sc. Toxikologie)
Tel. 030 - 53 02 63 77 | info@invitrojobs.de

Projekt SATIS – für eine humane Ausbildung ohne Tierverbrauch

satis@tierrechte.de

Projekt „Ausstieg aus der Tierhaltung“ und tierversuchsfreie Methoden

Dr. vet. med. Dr. rer. nat. Stefanie Schindler
schindler@tierrechte.de

Projekt Stadttauben

Steffanie Richter (M.A.)
stadttauben@tierrechte.de

Spendenbestätigung:

Dieser Zahlungsbeleg gilt bis Euro 300,00 als Spendenbescheinigung zur Vorlage beim Finanzamt.

Der Empfänger ist gemäß Freistellungsbescheid des Finanzamtes Euskirchen vom 25.03.2022, Steuer-Nummer 209/5727/0982, als gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannt und nach §5 Absatz 1 Ziffer 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit.